

# **Beschlossene und überwiesene Anträge**



**der Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord  
Herz- und Kreislaufzentrum  
Rotenburg an der Fulda  
29.03.2015**

## **Beschlossene Anträge**

### **IN Innenpolitik und Integration**

IN1	Nationalismus raus aus den Köpfen	Bezirksvorstand
IN2	Für eine Demokratisierung der Sperrstunde	Unterbezirk Waldeck-Frankenberg
IN3	Programm gegen den Überwachungsstaat	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
IN4	Keine Zusammenarbeit mit der AfD	Unterbezirk Kassel-Stadt
IN6	Lets talk about Islam - with Muslims!	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

### **G Gesundheit**

G1	Organspende	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
----	-------------	--------------------------------

### **U Umwelt, Verkehr und Tierschutz**

U1	Für Menschen, Umwelt und Tiere: Pflanzliche Angebote in Kindertagesstätten, Schulen und Kantinen ausbauen	Unterbezirk Kassel-Stadt
U2	Maut für Fernbusse	Unterbezirk Kassel-Stadt
U3	Mobilität für alle und zwar umsonst	Unterbezirk Kassel-Land
U4	Sicherheit im Reise- und Fernbusbereich erhöhen	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
U5	Kastrationspflicht für Katzen und Kater	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
U7	Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen an	Unterbezirk Fulda

### **IE Infrastruktur und Energie**

IE1	Die Unabhängigkeit bei Gas ausbauen	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
IE2	Fahrende Supermärkte	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
IE3	Südlink überdenken	Unterbezirk Schwalm-Eder

### **A Arbeit, Wohnen, Soziales und Bildung**

A2	Mindestlohn ausbauen	Unterbezirk Kassel-Land
A4	Hessisches Sozialbudget deutlich erhöhen	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
A5	Bezahlbarer Wohnraum für alle	Unterbezirk Fulda
A6	Recht auf kostenlose Deutschkurse für Asylbewerber*innen	Unterbezirk Fulda
A7	Hochschulen als Orte der gesellschaftlichen und individuellen Entwicklung	Bezirksvorstand

## **O Organisation und Partei**

- |    |   |                                |
|----|---|--------------------------------|
| O1 | Jusos gehen voran und verschlüsseln ihre Kommunikation<br>Bezirksvorstand | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| O2 | Aufbau einer digitalen Infrastruktur                                      | Unterbezirk Kassel-Stadt       |

## **EI Europa und Internationales**

- |     |   |                                |
|-----|---|--------------------------------|
| EI1 | Für eine neue sozialdemokratische Entwicklungspolitik   | Bezirksvorstand                |
| EI3 | Keine Aufwertung von Sportveranstaltungen in undemokratischen Ländern durch Besuch politischer Repräsentant*innen | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| EI4 | Mare Nostrum fortsetzen   | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| EI6 | Schluss mit der Ignoranz: SPD gegen EPAs  | Unterbezirk Fulda              |

## **I Initiativanträge**

- |    |  |                                |
|----|--|--------------------------------|
| I1 | Unser gemeinsames Ziel: Generationengerechtigkeit  | Bezirksvorstand                |
| I2 | Impflicht einführen  | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| I3 | Menschenwürdige Mindeststandards für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften | Unterbezirk Fulda              |
| I4 | Abschaffung der Winterzeit oder wer hat an der Uhr gedreht?  | Unterbezirk Kassel-Stadt       |

## **Überwiesene Anträge**

### **An BV**

- |     |  |                                |
|-----|--|--------------------------------|
| A1  | Probezeit 1-3 Monate   | Unterbezirk Kassel-Stadt       |
| EI5 | Für ein unabhängiges und demokratisches Kurdistan                | Unterbezirk Kassel-Stadt       |
| R1  | Für eine kritische und interdisziplinäre Wirtschaftswissenschaft | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |

### **An BA**

- |    |                       |                          |
|----|-----------------------|--------------------------|
| O3 | Beschaffungskriterien | Unterbezirk Kassel-Stadt |
|----|-----------------------|--------------------------|

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: IN 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: **Nationalismus raus aus den Köpfen!**  
Herausforderungen durch die Neue Rechte für jungsozialistische Politik

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 *“Die wohlfeilste Art des Stolzes hingegen ist der Nationalstolz. Denn er verrät in dem*  
4 *damit Behafteten den Mangel an individuellen Eigenschaften, auf die er stolz sein*  
5 *könnte, indem er sonst nicht zu dem greifen würde, was er mit so vielen Millionen*  
6 *teilt.”* (Arthur Schopenhauer, Aphorismen zur Lebensweisheit, Kapitel II)

7  
8 Im vergangenen Jahr mussten wir miterleben, wie nationalistisches Gedankengut auch von  
9 Parteien abseits der NPD propagiert wurde. Nationalismus ist kein Phänomen mehr, dass vor  
10 allem am rechten Rand zu verorten ist, sondern scheinbar in der „Mitte“ angekommen.  
11 Beispielhaft dafür steht der Aufstieg der sogenannten „Alternative für Deutschland“. Im  
12 Europawahlkampf knüpfte diese an die Wahlwerbung der NPD an und machte nicht nur gegen  
13 die gemeinsame europäische Währung Stimmung, sondern auch gegen Asylsuchende und  
14 Mitbürger\*innen mit Migrationshintergrund. Dennoch gelang es ihr ins Europaparlament  
15 einzuziehen.  
16 Frei nach dem Motto es dürfe rechts der CSU keine demokratisch legitimierte Partei geben,  
17 versuchte diese sich durch den Leitantragsentwurf für den CSU-Parteitag zu profilieren, in dem  
18 sie unter anderem forderte "Wer dauerhaft hier leben will, soll dazu angehalten werden, im  
19 öffentlichen Raum und in der Familie deutsch zu sprechen"<sup>1</sup>.  
20 Ende letzten Jahres entstand dann in Dresden die Bewegung der selbsternannten  
21 „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ kurz „PEGIDA“. Diese  
22 schaffte es in ihren montäglichen Demonstrationen von Woche zu Woche mehr Menschen  
23 anzuziehen. Im Januar kamen dann um die 18.000 Menschen in Dresden zusammen, um  
24 gegen die angebliche „Islamisierung“ zu protestieren.  
25 Vor wenigen Wochen fand nun in Hamburg die Bürgerschaftswahl statt, bei der es der  
26 rechtspopulistischen Partei AfD zum ersten Mal gelang in einen Landtag in den „Alten  
27 Bundesländern“ einzuziehen.

28  
29 **Wehret den Anfängen! - Nationalist\*innen den Wind aus den Segeln nehmen**

30  
31 Als Jungsozialist\*innen müssen wir uns diesen nationalistischen Bewegungen entgegen stellen  
32 und Lösungen für die Sorgen der Menschen anbieten. Wir dürfen nicht zulassen, dass  
33 Rechtspopulist\*innen mit scheinbar einfachen Antworten auf komplexe Probleme Menschen an  
34 sich binden und dabei in Kauf nehmen, dass anderen Menschen Schaden zugefügt wird.

35  
36 Spätestens mit der „PEGIDA“-Bewegung in Dresden wurden Ressentiment gegen Geflüchtete

---

<sup>1</sup>[http://www.focus.de/regional/muenchen/parteien-csu-auslaender-sollen-auch-in-der-familie-deutsch-sprechen\\_id\\_4324839.html](http://www.focus.de/regional/muenchen/parteien-csu-auslaender-sollen-auch-in-der-familie-deutsch-sprechen_id_4324839.html)

37 und „Nichtdeutsche“ wieder salonfähig. Manch eine\*r fühlt sich zurückversetzt in die neunziger  
38 Jahre, als fremdenfeindliche Kampagnen gegen Geflüchtete hetzten. Den traurigen und  
39 erschreckenden Höhepunkt fand die fremdenfeindliche Stimmung im Pogrom von Rostock-  
40 Lichtenhagen 1992.

41 Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden sagte über die „PEGIDA“-Bewegung: "Die  
42 Bewegung ist brandgefährlich. Hier mischen sich Neonazis, Parteien vom ganz rechten Rand  
43 und Bürger, die meinen, ihren Rassismus und Ausländerhass endlich frei ausleben zu dürfen"<sup>2</sup>

44 Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland mahnte dazu die Ängste der  
45 Menschen ernst zu nehmen, die sich in der „PEGIDA“-Bewegung irregeleitet äußern: "Die  
46 Ängste, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren, dass sie ihre Rente nicht bekommen. Damit  
47 müssen wir uns auseinandersetzen und wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass einige  
48 Rädelsführer - auch Rechtsradikale, die dabei sind - versuchen diese Themen zu islamisieren -  
49 in einem Land, in dem kaum Muslime leben." <sup>3</sup>

50 Die Ängste, die einige „PEGIDA“-Anhänger umtreiben, sind dabei keinesfalls neu. Die  
51 Sozialdemokratie muss diesen Menschen klare Lösungen aufzeigen.

52  
53 Die Schere zwischen Arm und Reich, darf sich nicht immer weiter öffnen, vielmehr müssen sich  
54 die Einkommensverhältnisse in Deutschland wieder annähern. Menschen sollten in  
55 Deutschland keine Armut erleiden müssen und besonders gegen Kinder- und Altersarmut  
56 müssen wir uns einsetzen!

57 Für uns ist klar:

58 Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Kulturen sondern zwischen Arm und Reich!

59  
60 Um die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander driften zu lassen, sind für uns  
61 folgende Maßnahmen unumgänglich:

- 62 • Abschaffung aller Ausnahmen vom Mindestlohn, die Jugendliche diskriminieren  
63 und Einstellungschancen für junge Menschen, die älter als 18 Jahre sind,  
64 vermindern. Auch hier gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- 65 • Bekämpfung jeglichen Missbrauchs des Mindestlohns und von Werkverträgen
- 66 • Umverteilung durch Reichensteuer und Erhöhung der Erbschaftssteuer
- 67 • Zugang zu Bildung, Kultur und Vereinsleben für alle

68  
69 Mitte Februar fand in Dresden das sogenannte „Deutschlandtreffen“ der selbsternannten  
70 „Patriotischen Europäer“ statt, bei dem sich die Organisator\*innen der „PEGIDA“-Ableger trafen.  
71 Selbige erarbeiteten dort ein neues Positionspapier, welches sie in großer Inszenierung an die  
72 Dresdener Kreuzkirche „schlugen“. Auf einige der dort veröffentlichten Thesen und den Inhalt  
73 des Positionspapiers wollen wir im Folgenden näher eingehen.

74  
75 „PEGIDA“ behauptet, für die Aufnahme von „*Kriegsflüchtlingen und politisch oder religiös*  
76 *Verfolgten*“ zu sein. Doch in Wirklichkeit schüren sie Ängste. Ängste gegenüber den nach  
77 Deutschland Geflüchteten und Ängste bei den Geflüchteten selbst. Nach oftmals wochenlanger  
78 und lebensgefährlicher Flucht müssen diese hier ertragen vielerorts nicht willkommen zu sein.  
79 Sie müssen sich fürchten vor fremdenfeindlichen Übergriffen. Menschen, die in Deutschland  
80 Schutz suchen, erleben hier, dass ihnen dieser nicht gewährt wird.

81 Fassunglos mussten wir vor einigen Monaten zur Kenntnis nehmen, dass sogar innerhalb des  
82 Schutzraumes, den Asylsuchendenunterkünfte eigentlich gewähren müssten, Menschen  
83 misshandelt wurden. Personen, die für ihre Sicherheit zuständig waren, nutzen ihre  
84 Schutzlosigkeit in furchtbarer Art und Weise aus.

85 Im letzten Jahr gab es wieder rechtsradikale Anschläge gegen Asylsuchendenunterkünfte. Im  
86 September letzten Jahres brannte eine Unterkunft in Premnitz in Brandenburg. Nach vier  
87 Monaten konnten die rechtsradikalen Täter gefasst werden. Im bayrischen Vorrä bei Nürnberg

---

<sup>2</sup><http://www.tagesschau.de/inland/pegida-zentralrat-101.html>

<sup>3</sup><http://www.tagesschau.de/inland/pegida-zentralrat-101.html>

88 wurden drei Gebäude in Brand gesteckt, die als Unterkünfte für Asylsuchende geplant waren.  
89 Die Wände wurden mit Hakenkreuzen und fremdenfeindlichen Parolen beschmiert.  
90

- 91 • Geflüchtete müssen die Möglichkeit bekommen so schnell wie möglich dezentral  
92 untergebracht zu werden.
- 93 • Wir fordern darüber hinaus eine stärkere finanzielle Unterstützung der  
94 Kommunen durch den Bund und das Land Hessen.
- 95 • Die Organisation von Sprachkursen, Freizeitangeboten und Ähnlichem für  
96 Geflüchtete darf nicht länger nur an freiwilligen Helfer\*innen hängen bleiben. Auch  
97 hierfür müssen mehr Mittel bereitgestellt werden, damit Geflüchtete die Möglichkeit  
98 haben am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben!
- 99 • Die Vorrangprüfung für Asylbewerber soll abgeschafft werden.

100

101 Für viele Menschen gibt es keine Möglichkeit legal nach Deutschland oder in die EU  
102 einzuwandern.

- 103 • Wir müssen endlich mehr Wege schaffen legal nach Europa einzuwandern!

104

105 „PEGIDA“ fordert eine „Pflicht zur Integration ins Grundgesetz“. Wir wollen eine inklusive  
106 Gesellschaft, in der jede\*r Mensch ungeachtet seiner kulturellen Herkunft teilhaben und diese  
107 bereichern kann. Für uns Jungsozialist\*innen stellt außerdem der Artikel 4(2) des  
108 Grundgesetzes ein hohes Gut dar: „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“ Mit  
109 Schrecken müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass vielerorts „Bürgerinitiativen“ aus dem Boden  
110 sprießen, wo Moscheen gebaut werden sollen.

- 111 • Wir sehen es deshalb als sozialdemokratische Pflicht an, sich solchen  
112 Bewegungen entgegen zu stellen und fordern dieses Engagement auch von unseren  
113 Genoss\*innen ein!

114

115 „PEGIDA“ fordert: „(...) eine Null-Toleranz-Politik gegenüber straffällig gewordenen  
116 Asylbewerbern und Migranten!“. Diese Forderung verstößt gegen Artikel 3 des Grundgesetzes,  
117 denn in Deutschland darf niemand wegen seiner\*ihrer Herkunft diskriminiert werden und die  
118 Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz wird hier elementar in Frage gestellt.

119

120 Rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen fordern schon lange Volksentscheide auf  
121 Bundesebene. Bei Volksentscheiden müssen komplexe politische Sachverhalte sehr stark  
122 heruntergebrochen werden und auf eine „Ja/Nein“-Frage reduziert werden. Dies wird ihnen aber  
123 in der Regel nicht gerecht. Fehlendes Fachwissen kann darüber hinaus populistische  
124 Entscheidungen begünstigen. Volksentscheide bergen immer auch die Gefahr, dass  
125 Minderheiten diskriminiert werden.

- 126 • Als Jungsozialist\*innen sehen wir dies kritisch und lehnen Volksentscheide nach  
127 Schweizer Vorbild ab.

128

129 Während bei „PEGIDA“ und den konservativen Parteien nach den Anschlägen von Paris der  
130 Ruf nach der Vorratsdatenspeicherung wieder laut wird, lehnen wir diese kategorisch ab. Wir  
131 wollen uns weder von Terrorist\*innen in unserer Freiheit beschränken lassen, noch vom Staat.

- 132 • Vorratsdatenspeicherung? Ohne uns!

133

134 In den letzten Jahren ist die EU leider in Verruf geraten. Dazu haben vor allem  
135 rechtspopulistische und „Euro-skeptische“ Parteien beigetragen. Auch wir finden, die EU ist  
136 nicht perfekt! Doch wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Idee und die Errungenschaften der  
137 EU nicht in Vergessenheit geraten und uns für eine weitergehende Demokratisierung der EU  
138 einsetzen. Dies fängt für uns dabei an, dem EU-Parlament als einziger von der europäischen  
139 Bevölkerung demokratisch direkt gewählter Institution mehr Rechte einzuräumen.

- 140 • Wir wollen mehr Demokratie wagen! Die EU Demokratisieren – Jetzt!

141

142 Als wirtschaftlich nach wie vor gut aufgestelltes Land ist es eine Schande, dass Deutschland  
143 nach wie vor das von der UN 1970 festgelegte 0,7%-Ziel nicht umsetzt. Wir nehmen dabei die

144 Chance nicht wahr das Leben von vielen Menschen zu verbessern und Menschen ein  
145 menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat zu ermöglichen. Daher fordern wir:  
146 • 0,7% des Bruttonationaleinkommens müssen in die  
147 Entwicklungszusammenarbeit investiert werden!

148  
149 Pegida fordert den "Erhalt der sexuellen Selbstbestimmung" und "Stopp der Genderisierung und  
150 Frühsexualisierung". Bildungspolitik sollte im Gegensatz dazu aus unserer Sicht Schüler\*innen  
151 dazu befähigen, emanzipiert und aufgeklärt ihre Sexualität und Identität zu erforschen.

152 Dazu gehört für uns unter anderem:

- 153 • Aufklärung über Homosexualität, Transgender und Intersex
- 154 • Aufklärung über Pornografie
- 155 • Aufklärung über Gender und Geschlechterstereotype

156  
157 Als nordhessische Jungsozialist\*innen kritisieren wir den zu unentschlossenen Umgang unserer  
158 Partei sowohl auf Bundes, wie auf kommunaler Ebene, gegenüber der „PEGIDA/KAGIDA“-  
159 Bewegung scharf.

160 Angefangen bei unserem Vorsitzenden und Vize-Kanzler Sigmar Gabriel. Dieser ist auf einer  
161 politischen Veranstaltung niemals nur als eine Privatperson und wird dort als solche nicht  
162 wahrgenommen. Seine Zusammenkunft mit „PEGIDA“-Anhänger\*innen auf einer  
163 Diskussionsveranstaltung finden wir deshalb inakzeptabel.

164 Wie Heiko Maas richtig feststellte ist "PEGIDA" eine „Schande für Deutschland".

- 165 • Als Sozialdemokrat\*innen stehen wir in einer langen antifaschistischen Tradition  
166 und wir Jungsozialist\*innen erwarten von unseren Genoss\*innen sich ebenfalls jeder Art  
167 der Menschenfeindlichkeit entgegen zu stellen. Besonders in Anbetracht des  
168 nordhessischen „PEGIDA“-Ablegers in Kassel hätten wir uns ein beherzteres  
169 Engagement von einigen Teilen der Partei erhofft.

170 Des Weiteren schaden Politiker\*innen wie Thilo Sarrazin und Heinz Buschkowsky dem  
171 Ansehen unserer Partei enorm und leisten Rassismus Vorschub, der sich so weiter in der  
172 sogenannten Mitte der Gesellschaft ausbreiten kann.

- 173 • Ein Parteiausschluss Sarrazins muss weiterhin angestrebt werden!

174  
175 Unter schwarz-rot-goldenen Fahnen versammelten sich bei den „Spaziergängen“ der  
176 „Patriotischen Europäer“ Menschen, die aus den unterschiedlichsten rechten Gruppierungen  
177 stammen. Seite an Seite mit Neonazis liefen jedoch auch Bürger\*innen, die keinen  
178 rechtsradikalen Hintergrund haben. Viele von ihnen sind am Bildungssystem oder dem  
179 Arbeitsmarkt gescheitert. Unsere Aufgabe muss es sein auch diesen Menschen Perspektiven  
180 aufzuzeigen.

- 181 • Wir dürfen nicht länger an einem Bildungssystem festhalten, das vor allem eins  
182 kann: „Bildungsverlierer\*innen“ produzieren! Stattdessen wollen wir unser Konzept  
183 des Hauses der Bildung vorantreiben.

184  
185 Über die Auseinandersetzung mit „PEGIDA“ hinaus dürfen wir jedoch nicht die Augen  
186 verschließen vor alltäglichem Rassismus. Das sogenannte „Racial Profiling“ verstößt nicht nur  
187 gegen das Grundgesetz, sondern ist inzwischen auch offiziell verboten worden. Dennoch  
188 werden beispielsweise in Zügen immer noch überdurchschnittlich oft Menschen mit dunkler  
189 Hautfarbe nach ihren Ausweispapieren und ihrer Aufenthaltsgenehmigung gefragt und diese  
190 überprüft.

- 191 • Das ist offenkundiger Alltagsrassismus und wir fordern eine Überprüfung der  
192 Möglichkeiten der verdachtsunabhängigen Kontrollen!

193

194

195 **Wir tolerieren keine Form des Rassismus! - Gegen Fremdenhass und**  
196 **Menschenfeindlichkeit !**

197

198 Im Jahr 2014 wurden 316 Menschen nach Informationen des Bundesinnenministeriums mit  
199 fremdenfeindlichem Hintergrund verletzt.

200 Während des Europawahlkampfes machten Parteien wie die AfD und die NPD durch rechte  
201 Parolen auf sich aufmerksam. Wahlplakate der NPD zierten Sprüche wie "Maria statt Scharia"  
202 und "Geld für die Oma statt für Sinti und Roma". Ihre inhaltliche Nähe zur NPD machte die AfD  
203 durch ein Plakat mit dem Slogan "Wir sind nicht das Weltsozialamt" deutlich, während die NPD  
204 "Wir sind nicht das Sozialamt der Welt" plakatierte.

205

### 206 Islamophobie und Muslim\*innenfeindlichkeit bekämpfen!

207

208 Während sich rechte Parteien wie die NPD lange Zeit darauf beschränkten vorwiegend  
209 pauschal gegenüber „Ausländer\*innen“ zu hetzen, beobachten wir, dass sich  
210 Fremdenfeindlichkeit aktuell vor allem gegen muslimische Mitbürger\*innen richtet.  
211 Ausländerfeindlichkeit wird von der Neuen Rechten als Muslim\*innenkritik umformuliert.  
212 Uns ist es wichtig zwischen den Begriffen Muslim\*innenkritik und Islamkritik zu differenzieren.  
213 Muslim\*innenkritik richtet sich im Gegensatz zur Islamkritik gegen die Menschen, die den  
214 muslimischen Glauben praktizieren. Sie ist damit eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit  
215 und wird dennoch von Gruppen wie „PEGIDA“ tagtäglich praktiziert.<sup>4</sup>

216 Erschreckend sind die Ergebnisse einiger Umfragen aus den letzten Jahren, die die  
217 muslim\*innenfeindliche Stimmung in Deutschland widerspiegeln:

218 Der Aussage "Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich  
219 eingeschränkt werden" erhielt bei einer Untersuchung 2010 eine Zustimmung von 58,4 Prozent  
220 der Befragten<sup>5</sup>

221 Laut einer Ende 2010 veröffentlichten Umfrage der Universität Münster, die fünf Länder Europas  
222 untersucht, äußerten 36,7 Prozent der Befragten in Frankreich, 35,9 Prozent in den  
223 Niederlanden, 35,6 Prozent in Dänemark und 33,5 Prozent in Portugal Ressentiments  
224 gegenüber Muslim\*innen. An der Spitze stehen die Deutschen: 57,7 Prozent der  
225 Westdeutschen und 62,2 Prozent der Ostdeutschen zeigten antimuslimische Einstellungen.<sup>6</sup>

226 Besonders beschämend ist für uns, das nicht zuletzt Thilo Sarrazin Muslim\*innenfeindlichkeit  
227 scheinbar salonfähig machte.

228 Unserer Ansicht nach ist Islamophobie vor allem eine Folge der Unkenntnis und daraus  
229 resultierender Unsicherheit über bzw. im Umgang mit dem Islam und Muslim\*innen.

- 230 • Eine zentrale Forderung von uns bleibt deshalb: Abschaffung des  
231 bekenntnisorientiertem Religionsunterrichts!

232 Wir wollen, dass transkulturelles Verständnis gefördert wird und Schüler\*innen miteinander statt  
233 übereinander reden. Aufgabe des Unterrichts muss es deshalb sein, über die verschiedenen  
234 Weltreligionen und andere Lebensphilosophien aufzuklären und Vorurteile abzubauen.

- 235 • Die Begriffe „Islam“ und „Islamismus“ dürfen nicht unwidersprochen vermischt  
236 werden!

- 237 • Rechtspopulist\*innen instrumentalisieren die Gräueltaten des IS um gegen  
238 Muslim\*innen Stimmung zu machen. Wir dürfen uns davon nicht anstecken lassen und  
239 von muslimischen Mitbürger\*innen zu erwarten sich vom IS zu distanzieren ist absurd.  
240 Eine solche Forderung muss von uns stets mit Nachdruck zurück gewiesen werden.

---

<sup>4</sup><http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/180774/islamfeindlichkeit-islamophobie-islamkritik-ein-wegweiser-durch-den-begriffsdschungel>

- <sup>5</sup>Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess; Johannes/Brähler, Elmar  
2010: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland (hrsg. von  
der Friedrich-Ebert-Stiftung), Berlin, [library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf)

- <sup>6</sup>Vgl. Pollack, Detlef: Studie "Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt". Bevölkerungsumfrage des Exzellenzclusters "Religion und Politik", Dezember 2010, online unter: [»http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion\\_und\\_politik/aktuelles/2010/12\\_2010/studie\\_wahrnehmung\\_und\\_akzeptanz\\_religioeser\\_vielfalt.pdf«](http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2010/12_2010/studie_wahrnehmung_und_akzeptanz_religioeser_vielfalt.pdf), Zugriff: 20.10.2011



241  
242 Antisemitismus benennen und im Keim ersticken!  
243  
244 Obwohl sich die Akteur\*innen der Neuen Rechten zumeist von offen zur Schau gestelltem  
245 Antisemitismus distanzieren, mehren sich vor allem in den sozialen Netzwerken offenkundig  
246 antisemitische Kommentare zum Beispiel auf der Facebookseite von „PEGIDA“. Gegen den  
247 Organisator des Kasseler „PEGIDA“-Ablegers wird inzwischen wegen Volksverhetzung ermittelt,  
248 weil dieser sich drastisch antisemitisch äußerte. Antisemitismus ist in unserer Gesellschaft  
249 jedoch ein Problem, das nicht nur am rechten Rand zu verorten ist. Antisemitische  
250 Einstellungen sind weit verbreitet und in jedem Milieu zu finden.  
251 2014 gab es in Deutschland 864 antisemitische Delikte mit 25 Gewalttaten; davon wurden 752  
252 Straftaten von "rechten Deutschen" verübt. Erst vor wenigen Wochen wurden in unserem  
253 Nachbarland Frankreich hunderte Gräber auf einem jüdischen Friedhof geschändet.  
254 Während der letzten Zuspitzung des Nahostkonflikts gab es in vielen Städten, in Nordhessen  
255 zum Beispiel auch in Kassel, zu offenem Antisemitismus auf Pro-Palästina-Demonstrationen.  
256 Mehrere Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Kassel wurden nach den Demonstrationen im  
257 Internet beleidigt und bedroht.<sup>7</sup>  
258 Wir können und wollen nicht hinnehmen, dass Jüd\*innen in Deutschland auf Grund ihrer  
259 Religion noch einmal in Angst leben müssen. Die jüngsten Äußerungen des Vorsitzenden des  
260 Zentralrats der Juden "ob es tatsächlich sinnvoll ist, sich in Problemvierteln, in Vierteln mit  
261 einem hohen muslimischen Anteil, als Jude durch das Tragen der Kippa zu erkennen zu  
262 geben"<sup>8</sup> und dessen Rat die traditionelle jüdische Kopfbedeckung in den beschriebenen Vierteln  
263 nicht zu tragen, sondern „eine andere Kopfbedeckung zu erwägen“ muss uns wachrütteln!  
264 Die Anschläge in Paris und Kopenhagen richteten sich gezielt gegen Menschen jüdischen  
265 Glaubens. Es ist ein Armutszeugnis und eine Schande, dass jüdische Einrichtungen in  
266 Deutschland und Europa durch die Polizei geschützt werden müssen.  
267 Antisemitismus stellt für uns Jungsozialist\*innen fortwährend eine Herausforderung dar, der wir  
268 uns stellen müssen. Wir müssen weiter für eine Gesellschaft kämpfen, in der niemand  
269 diskriminiert oder gar in seiner Existenz bedroht wird!  
270  
271 Mit Vorurteilen gegenüber Geflüchteten aufräumen!  
272  
273 Es ist verachtenswert, dass Rechtspopulist\*innen immer wieder versuchen Vorurteile  
274 gegenüber Geflüchteten zu schüren und sich auf dem Rücken derer, die zu uns kommen und  
275 bei uns Schutz suchen, zu profilieren.  
276 Dabei werden die Gründe, die Menschen zur Flucht zwingen außer Acht gelassen.  
277 Des Weiteren werden sie in der Bundesrepublik weiterhin strukturell benachteiligt und in ihrer  
278 Selbstbestimmung beschnitten. Sie bekommen in den ersten 3 bzw. 9 Monaten keine  
279 Arbeitsgenehmigung. Sie sind oft hochqualifiziert, haben es aber schwer ihre Abschlüsse hier  
280 anerkennen zu lassen. Auch eine Wohnung zu finden wird ihnen meist nicht leicht gemacht.  
281 Einen Platz in einer Kindertagesstätte bekommen die wenigsten, dabei bestünde dort die  
282 Chance für die Kinder spielend Deutsch zu lernen.  
283  
284 Oft wird behauptet Deutschland werde von Flüchtlingen regelrecht „überriesen“. Tatsächlich  
285 schafft es nur ein verschwindend geringer Teil der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind  
286 überhaupt nach Europa. Viele Menschen setzen bei dem Versuch nach Europa zu kommen ihr  
287 Leben aufs Spiel. Die „Festung Europa“ ist traurige Realität.  
288 Rechtspopulist\*innen führen immer wieder Statistiken an, die beweisen sollen, dass die  
289 Kriminalität von Flüchtlingen hoch sei. Dabei wird oftmals nicht beachtet, dass die in  
290 Kriminalitätsstatistiken aufgeführten Tatverdächtigen nicht gleich zusetzen sind mit überführten

---

<sup>7</sup><http://www.hna.de/kassel/juedische-gemeinde-kassel-nach-pro-palaestina-demos-angst-3731648.html>

<sup>8</sup><http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zentralrat-der-juden-raet-von-der-kippa-in-problemvierteln-ab-a-1020593.html>

291 Täter\*innen und dass zum Beispiel Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz Straftaten sind, die  
292 „Deutsche“ nicht begehen können.  
293 Der Vorwurf Deutschland werde „überfremdet“, der zum Beispiel von „PEGIDA“ gerne benannt  
294 wird, zeigt wessen Geistes Kind die Organisator\*innen sind. Die von ihnen konstruierte  
295 „deutsche Kultur“ wird in chauvinistischer Manier als überlegen und schützenswert dargestellt.  
296 Kulturen sind dabei keineswegs naturgegeben oder von gesellschaftlichem Wandel  
297 unangetastet. Außerdem beeinflussen sich Kulturen von jeher gegenseitig. So verwenden wir  
298 Beispielsweise bis heute das indisch-arabische Zahlensystem. Migration geschieht seit  
299 Jahrzehnten und tut Deutschland gut, vor allem im Bezug auf den Demographischen Wandel.  
300 Wir brauchen Zuwanderung, um den zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein.

301

302

303 **Begründung:**

304 Erfolgt mündlich!

305

306

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: IN 2

Antragsteller: Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: Juso Landeskonferenz, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD Landtagsfraktion

Betr.: Sperrstunde abschaffen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die Jusos Hessen-Nord fordern eine Abschaffung der Sperrstunde. Sollte in expliziten  
4 Ausnahmefällen eine Sperrstunde zum Schutz der BürgerInnen nötig sein, so muss diese in  
5 den Gemeindevertretungen für eine begrenzte Zeit beschlossen werden.

6  
7 **Begründung:**

8  
9 In den vergangenen Jahren haben eine Vielzahl von Städten und Gemeinden die seit 2001  
10 geltende, hessenweite Sperrzeit von 5 – 6 Uhr auf die Zeit von 3 - 6 Uhr ausgeweitet. Nach  
11 SperrzeitVO ist die Entscheidung über eine Ausweitung der Sperrzeit dem Vorsitzenden der  
12 Ordnungspolizeibehörde, in der Regel dem Bürgermeister, vorbehalten, der allein einen  
13 entsprechenden Verwaltungserlass verfügen kann.  
14 So ist in Frankenberg geschehen, dass der Bürgermeister mit fadenscheinigen Gründen im  
15 Alleingang die Sperrzeit ausgeweitet hat, obwohl die Stadtverordnetenversammlung mit großer  
16 Mehrheit (26 Ja, 2 Enthaltungen, 3 Nein) einer Resolution der SPD Fraktion gegen die  
17 Ausweitung der Sperrstunde zugestimmt hat.  
18 Wir halten es für falsch, dass die Ordnungspolizeibehörde dieses allein entscheiden kann und  
19 fordern daher die Einbeziehung der StaVo.

20  
21  
22  
23  
24  
25

- 26  angenommen  
27  abgelehnt  
28  überwiesen an

29

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: IN 3 Neufassung

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Landeskongress, Bundeskongress, SPD-Landesparteitag,  
SPD-Bezirksparteitag SPD- Bundesparteitag

Betr.: Programm gegen den Überwachungsstaat

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Wir fordern eine klare Positionierung innerhalb der Jusos und der SPD gegen den  
4 Überwachungsstaat. Diese Positionierung soll in einer Grundsatzdebatte, ähnlich dem Konzept  
5 des "Programm für die Digitale Gesellschaft" unter Beteiligung der Basis erarbeitet werden.  
6 Gleichzeitig wird der Bezirksvorstand aufgefordert, eine Positionierung des Verbands  
7 vorzubereiten.

8  
9 **Begründung:**  
10 Die SPD setzt sich in ihrem "Programm für die Digitale Gesellschaft" in einem der Wichtigkeit  
11 der Thematik angemessenen Verfahren mit den Konsequenzen der Digitalisierung für unsere  
12 Gesellschaft ein. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Ein vergleichbarer Diskussionsprozess steht  
13 jedoch für die gesamtgesellschaftliche Frage der Überwachung noch aus. Diese ist auf das  
14 Engste mit der Frage der technischen Entwicklung verbunden, da allgemein das geschieht, was  
15 technisch möglich ist. Dennoch handelt es sich bei der Frage der Überwachung durch Staat und  
16 Privatwirtschaft um eine eigene, als Querschnittsaufgabe zu erkennende, Herausforderung für  
17 eine demokratische Gesellschaft. Wir sind der festen Überzeugung, dass die gängigen Praxen  
18 der Überwachung durch Geheimdienste, der Ausbreitung von elektronischen Karten in  
19 Verwaltung und Wirtschaft sowie die Auswertung personenbezogener Kommunikationsdaten  
20 einer kritischen Überprüfung bedarf. Die SPD als der Zukunft zugewandte Partei muss auf diese  
21 Fragen Antworten finden.

- 22  
23  angenommen  
24  abgelehnt  
25  überwiesen an  
26

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: IN 4

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Keine Zusammenarbeit mit der AfD!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die AfD ist eine rechtspopulistische, nationalkonservative, islamfeindliche und homophobe Partei. Die rassistischen und fremdenfeindlichen Aussagen ihres Vorsitzenden Bernd Luckes und  
4 anderer hochrangiger Mitglieder bestätigen dies – trotz gegenteiliger Beteuerungen – immer  
5 wieder. Die aggressive Kampfrhetorik und unzulässige Verallgemeinerungen appellieren an die  
6 Urängste der Menschen und sind absolut verantwortungslos. Deshalb ist für uns klar:  
7

8 Wir stellen uns gegen die Diskriminierung und den Fremdenhass der AfD und schließen jede  
9 Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Organisationen auf allen Ebenen aus!

10

11 **Begründung:**

12

13 Erfolgt mündlich.

14

15  angenommen

16  abgelehnt

17  überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: IN 6 Neufassung

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Landeskongress, Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag  
SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Lets talk about Islam- with Muslims!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:  
2 Die SPD im Rahmen ihrer Regierungsverantwortung möge an einem neuen Islam-Bild arbeiten.  
3 Sie muss sich islamfeindlichen Vorurteilen entgegenstellen. Sie muss sich gegen die  
4 Diskriminierung der muslimischen Minderheit hierzulande einsetzen.

5  
6 Hierzu fordern wir:

- 7
- 8 • Zusammen mit muslimischen Verbänden für Aufklärung sorgen. Zum einen mit einer  
9 großangelegten Kampagne gegen Islamophobie. Insbesondere muss hierbei eine  
10 Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus erlangt werden. Darüber hinaus muss  
11 sie deutlich machen, dass die muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger hier in  
12 Deutschland willkommen sind. Zum anderen muss aber auch verstärkt gegen die  
13 Radikalisierung von jungen Muslimen, verursacht durch eine falsche Betrachtung des  
14 Islams, vorgegangen werden.
- 15
- 16 • Innerhalb der SPD Wissen über Islamfeindlichkeit zu erlangen. So werden unsere  
17 Genossinnen und Genossen auf antimuslimische Gruppierungen und ihre Vorurteile  
18 aufmerksam und dafür sensibilisiert, um Argumente dagegen zu erarbeiten. Sie können  
19 dadurch ein Sprachrohr für Opfer islamfeindlicher Parolen werden.
- 20
- 21 • An der Entwicklung und Förderung eines Instituts, das sich auf dem Gebiet der  
22 Islamfeindlichkeitsforschung spezialisiert ist, zu arbeiten. In Deutschland gibt es bisher  
23 kein einziges Institut dafür.
- 24
- 25 • Islamfeindliche Straftaten gesondert zu erfassen. Wir fordern hierfür eine  
26 Einrichtung von eigenständigen und spezialisierten Fachabteilungen in den  
27 Verwaltungen der Länder, um antimuslimische Tatbestände erfassen und beobachten  
28 zu können.
- 29

30 **Begründung:**

31  
32 In den letzten Jahren und Jahrzehnten gab es zahlreiche Debatten über den Islam. Ob er  
33 terroristisches Gedankengut fördern würde, ob er frauenfeindlich sei, ob er zu Deutschland  
34 gehören würde. Viele dieser Debatten haben aber nicht wirklich eine seriöse Grundlage, denn  
35 sie werden nahezu ausschließlich auf Grundlage von Extremen geführt. Laut NDR  
36 thematisieren 80% der Berichterstattungen über den Islam lediglich Salafismus,  
37 Radikalisierung, Islamismus und Terror.  
38 Oft werden diese Diskussionen auf derart polemischer Weise geführt, dass sich unsere  
39 muslimischen Mitbürger\*innen zurecht diskriminiert fühlen. Denn über 90% aller hier lebenden  
40 Muslime sind in keiner Weise radikal und bekennen sich zur Demokratie (Quelle ebenfalls NDR).

41  
42  
43 Besonders nach dem 11.September und nach der der Gründung des sogenannten  
44 "Islamischen Staates" werden Muslime ständig als Islamisten dargestellt. Es findet keine  
45 Differenzierung zwischen Islam und Islamismus statt.  
46 Begriffe wie die des Jihads werden in diesem Zusammenhang oft benutzt.  
47 Darunter verstehen viele einen islamisch begründeten Krieg gegen den Westen. Einen Krieg  
48 gegen all' jene, die nicht an den Islam glauben. Versuche seitens der Muslime, die richtige  
49 Bedeutung dieses Begriffes zu verbreiten, werden gewollt oder ungewollt gestoppt. Der Jihad  
50 bedeutet im Arabischen und im Islam wörtlich "Anstrengung". Er steht für jene Anstrengung  
51 eines jeden Muslims, der versucht, seine Religion ernst zu nehmen. In keiner islamischen  
52 Schrift wird über Krieg oder Gewalt in diesem Zusammenhang gesprochen. Vielmehr bedeutet  
53 er die Anstrengung, die ein Muslim machen muss, um beispielsweise seine fünf Gebete am Tag  
54 einzuhalten oder den Fastenmonat mit Disziplin durchzuziehen.  
55  
56 Das Islam-Bild, welches durch die gängigen Medien vermittelt wird, hat unerträgliche Ausmaße  
57 erreicht.  
58 Seien es sogenannte Ehrenmorde oder Zwangshochzeiten, ständig wird so ein negatives Bild  
59 von Muslimen verbreitet.  
60 .Der Effekt, den diese negative und unausgewogene Berichterstattung mit sich bringt, ist von  
61 beispiellosem Ausmaß: sämtlichen Statistiken zufolge, beispielsweise die der Berthelsmann-  
62 Stiftung, fürchten ein repräsentativer Teil unserer Gesellschaft den Islam. Eine weitere Studie  
63 der Uni Leipzig hat auch ergeben, dass jede\*r 3. Bürger\*in in Deutschland der Meinung sei,  
64 dass Muslime nicht in Deutschland leben dürfen.  
65 Sie sind der Meinung, die Muslime gehören nicht der deutschen Gesellschaft an.  
66 Integrationspolitisch stellt diese Ansicht ein massives Problem dar. So werden sogenannte  
67 Parallelgesellschaften gefördert: die einen fürchten sich vor dem Islam, die anderen sind es leid,  
68 sich ständig von irgendwelchen Radikalen in ihrer Religion distanzieren zu müssen.  
69  
70 Auch die Bewegung PEGIDA (ähnliche Gruppierungen gibt es europaweit; bsp. in England die  
71 "English defense league") ist maßgeblich der Grund dafür, weshalb wir Sozialdemokrat\*innen  
72 uns für unsere muslimischen Mitbürger\*innen einsetzen müssen. PEGIDA hetzt, diffamiert und  
73 schürt Ängste gegenüber Muslimen. Unter dem Deckmantel der Angst entwickelt sich  
74 momentan eine große, inzwischen europaweite, islamfeindliche Gruppierung, die innerhalb  
75 weniger Monate zahlreiche Moscheen beschädigt und viele Menschen muslimischen Glaubens  
76 angegriffen hat.  
77 So sind die Übergriffe auf Moscheen zwischen den Jahren 2001 und 2011 von im Schnitt 22 pro  
78 Jahr auf inzwischen 78 pro Jahr (in 2014) angestiegen. (Quelle: Angaben der Linksfraktion im  
79 Bundestag)  
80 Auch in Frankreich, nach den Attentaten vom 7.1.2015, hat die französische islamische  
81 Gemeinschaft über 30 Übergriffe auf Moscheen vermerkt.

82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: G 1

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, ASG Bezirk  
Hessen-Nord, ASG Bundesverband

Betr.: Organspende

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 „Die Bestimmungen zur Organspende werden dahingehend geändert, dass alle Einwohner der  
4 Bundesrepublik Deutschland sich entweder als Nicht- oder als potentieller Organspender ab  
5 Vollendung des 16-ten Lebensjahres verbindlich registrieren müssen. Der Gesetzgeber ist  
6 dabei verpflichtet, ausführlich im Vorfeld der Frist Informationen für die Entscheidungsfindung  
7 zur Verfügung zu stellen.

8 Es besteht jederzeit die Möglichkeit, einer Entnahme einzelner oder aller Organe zu  
9 widersprechen. Jeder hat darüber hinaus auch die Möglichkeit, seine Entscheidung zu ändern.“

10  
11 **Begründung:**

12 Vielen Menschen könnte durch die Spende eines Organes das Leben gerettet werden.  
13 Organspenden sind nur unter strengen Auflagen möglich und benötigen eine eindeutige  
14 Feststellung des Hirntodes. Regeln lässt sich derzeit die Spendenbereitschaft über einen  
15 Organspendeausweis, der auch die Ablehnung ermöglicht. Trotz groß angelegter  
16 Informationskampagnen ist die Abdeckung mit Organspendeausweisen eher als gering  
17 einzustufen, was in den meisten Fällen nicht auf die Ablehnung dessen, sondern auf andere  
18 Faktoren zurückzuführen ist. So sehen viele Menschen keine zwingende Notwendigkeit bzw.  
19 „vergessen“ das Ausfüllen schlicht. Dem soll mit der sog. „Widerspruchsregelung“ wie sie in  
20 vielen anderen Staaten weltweit schon praktiziert wird, entgegen gewirkt werden.

- 21  
22  angenommen  
23  abgelehnt  
24  überwiesen an  
25



**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

<u>Antrag:</u>	U 1
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Kassel-Stadt
<u>Adressat:</u>	Landeskonferenz, Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Für Menschen, Umwelt und Tiere: Pflanzliche Angebote in Kindertagesstätten, Schulen und Kantinen ausbauen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Kommunen und das Land Hessen bieten Ernährungsangebote in den Kindertagesstätten,  
2 Schulen und Betriebs- und Verwaltungskantinen an. Unter Berücksichtigung von Sozialen, Um-  
3 welt-, Gesundheits-, Tierschutz- und Welternährungsaspekten befürwortet wir einen Ausbau  
4 des pflanzlichen Angebotes.  
5 Die Mandatsträger\*innen werden aufgefordert, für diesen Ausbau zu werben. Veränderungen  
6 können nur gemeinsam mit den Erzieher\*innen, den Schulgemeinschaften bestehend aus Kin-  
7 dern, Lehrer\*innen und Eltern und den Betriebs- und Personaräten durchgeführt werden.  
8 Der Ausbau muss zur Größe und Situation der jeweiligen Einrichtung passen und auf Akzep-  
9 tanz bei den Personen treffen, die in den Einrichtungen essen. Unter anderem können folgende  
10 Maßnahmen umgesetzt werden:
- 11 • Aktionen: Teilnahme an Aktionstagen mit vergrößertem Angebot (Weltumwelttag, Tag  
12 des Meeres, Welttierschutztag, Tag des Artenschutzes, Weltvegantag)
  - 13 • Erweiterung pflanzlicher Angebote: dauerhafte Erweiterung des pflanzlich betonten und  
14 rein pflanzlichen Angebotes, mindestens jedoch ein tägliches Angebot
  - 15 • Senkung des Fleischangebotes
  - 16 • Angebote kommunizieren: Pflanzliche Angebote sind nicht für vegetarisch oder vegan  
17 lebende Personen vorbehalten sondern für alle! Sie sind nicht in die hinterste Ecke, ei-  
18 nen separaten Bereich oder sogar nur auf Nachfrage anzubieten.
  - 19 • Austausch von Zutaten: Austausch von tierischen Zutaten wo diese nicht notwendig sind  
20 (z.B. Nudeln ohne Eier)
  - 21 • Ampelsystem: Einführung des Ampelsystems in den Verpflegungseinrichtungen
  - 22 • Klimaessen: Einführung eines Klimaessens, welches sich automatisch an pflanzlichen  
23 Produkten orientiert
  - 24 • Rezeptoptimierungen: Optimierung von Rezepturen hinsichtlich gesundheitsförderlicher  
25 und umweltförderlichen Kriterien mit Susdish<sup>1</sup>
  - 26 • Koch-Schulungen: für die vegetarische-vegane Küche, z. B. via gv-nachhaltig.de

27  
28 **Begründung:**

29  
30 Sozial

---

<sup>1</sup> *SusDish steht für „sustainable Dish“ (nachhaltiges Gericht). Dabei handelt es sich um eine "umfassende Bewertungsmethode für Nachhaltigkeitsleistungen in der Gastronomie". Bewertet werden Rezepturen nach Umweltaspekten (Bemessung nach Umweltbelastungspunkten) und anerkannten Gesundheitsempfehlungen. Darüber hinaus können konkrete Veränderungsvorschläge zu den Rezepturen gemacht werden. Da bei SusDish einzelne Rezepte bewertet werden eignet es sich für große und kleinere Einrichtungen. Weitere Informationen siehe: <http://nutrition-impacts.org>*

31 Wir wollen vielfältigere Angebote. Immer mehr Menschen wollen hin und wieder oder regelmä-  
32 ßig pflanzlich betonte (vegetarisch) oder rein pflanzliche (vegan) Ernährungsangebote konsu-  
33 mieren. Da die Gründe für diese Ernährungsarten nachvollziehbar sind, wollen wir die Möglich-  
34 keit dieser Ernährung in staatlichen Einrichtungen schaffen, denn es soll niemand ausgegrenzt  
35 werden. Ein Vorteil dieser Angebote ist zudem, vor allem bei veganen Speisen, dass sie halal  
36 oder kosher, oder wesentlich einfacher auf diese Ernährungsformen anpassbar sind.  
37 Zudem sind pflanzlich orientierte Produkte einfacher im Allergen- sowie Hygienemanagement  
38 handhabbar. Für die Träger bedeutet das weniger Aufwand und somit weniger Kosten.

39

#### 40 Gesundheit

41 Vegetarisch lebende Personen können sich, bei richtiger Ernährung, über ein deutlich geringe-  
42 res Risiko für Übergewicht, Diabetes Typ 2, Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und  
43 verschiedene Krebsarten freuen.

44 Die amerikanische Organisation „Academy of Nutrition and Dietetics (A.N.D.)“ (ehemals Ameri-  
45 can Dietetic Association (ADA)) ist mit 67.000 Mitgliedern die weltgrößte Organisation für Nah-  
46 rungs- und Ernährungsfachleuten und bezeichnete ab 2003 (Neuaufgabe 2009) in ihrem Positi-  
47 onspapier „Position of the American Dietetic Association: Vegetarian Diets“, dass „eine vernünf-  
48 tig geplante vegetarische Kostform gesundheitsförderlich und dem Nährstoffbedarf angemessen  
49 ist sowie einen gesundheitlichen Nutzen für Prävention und Behandlung bestimmter Er-  
50 krankungen hat“.

51

#### 52 Welternährung

53 Die Problematik der Welternährung ist vor allem eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit, d.h.  
54 ein Versagen des Kapitalismus. Bedacht werden müssen allerdings auch die Erwägungen, die  
55 August Bebel bereits in „Die Frau und der Sozialismus“ (26. Kapitel: Freie Entwicklung der Per-  
56 sönlichkeit, 2. Umwandlung der Ernährung) formulierte: „Auch können auf einer gegebenen  
57 Ackerfläche viel mehr vegetabilische Nährstoffe gebaut werden, als auf derselben Fläche  
58 Fleisch durch Viehzucht erzeugt werden kann. Diese Entwicklung verschafft der vegetabilischen  
59 Nahrung ein immer größeres Übergewicht. Die Fleischtransporte, die uns in der Gegenwart  
60 durch Raubwirtschaft aus fernen Ländern, insbesondere aus Südamerika und Australien, zuge-  
61 hen, werden in wenigen Jahrzehnten ihr Ende erreichen.“

62 Nun ist diese Raubwirtschaft sicherlich nicht beendet. Dennoch steht die Frage im Raum, ob  
63 auch vor der Abschaffung des Kapitalismus etwas an der vor allem vom Westen produzierten  
64 Welternährungsproblematik getan werden kann und ob der Wandel hin zu einer Ernährung die  
65 weniger Ressourcen benötigt unter Umständen einen wichtigen Beitrag liefern könnte.

66

#### 67 Umwelt und Klima

68 Die Massentierhaltung wird heutzutage als einer der größeren klimaschädlichen Faktoren an-  
69 gesehen (UNO: ca. 20% Anteil am menschengemachten Klimawandel). Zum einen werden große  
70 Mengen an Futter benötigt, die in extensiver Landwirtschaft angebaut und meist importiert wer-  
71 den, zum anderen werden Treibhausgase wie Methan freigesetzt, die noch schädlicher als CO<sub>2</sub>  
72 sind. Eine pflanzliche Ernährung ist ebenso im Wasserverbrauch wesentlich umweltfreundlicher,  
73 da beispielsweise für ein Kilo Rindfleisch 15.000 Liter Wasser benötigt werden – für ein ver-  
74 gleichbares vegetarisches Essen hingegen nur einen Bruchteil davon.

75

#### 76 Tierschutz

77 Nicht zuletzt werden für vegetarische und fleischhaltige Angebote Tiere unter teils grausamen  
78 Bedingungen gehalten und getötet. In einem preissensiblen Umfeld, in dem die Produktqualität  
79 nicht in das Unermessliche gesteigert werden kann, ist klar, dass Angebote mit weniger oder  
80 gar keinen Tieren aus Tierschutzperspektive besser sind als Angebote mit oder mit mehr tieri-  
81 schen Inhaltsstoffen.

82

83 Bei Tierversuchen findet das 3R-Prinzip ("Replace", "Reduce" und "Refine) Anerkennung. Es  
84 geht dabei um den Ersatz von Tierversuchen, die Anzahl der Tiere zu reduzieren und die Le-  
85 bensbedingungen der Tiere zu verbessern. Wenn jedoch bei diesem vermeintlich hohen Nutzen  
86 nach Alternativen gesucht wird, stellt sich die Frage, wieso es in vielen Gastronomieeinrichtun-

87 gen immer noch schwierig ist, pflanzliche Hauptgerichte, Vorspeisen, Nachspeisen, Snacks und  
88 Brötchen zu beziehen.

89

90 Die Studierendenwerke in Deutschland, welche zusammen im Jahr rund 90 Millionen Essen  
91 ausgeben, haben ihre Angebote schon stark verändert. Oftmals gibt es ein tägliche vegetari-  
92 sche und auch vegane Hauptspeisen, manchmal auch mehrfach, sowie Snacks und Desserts.  
93 Was in den Studierendenwerke machbar ist sollte auch in den Kindertagesstätten, Schulen und  
94 Betriebs- und Verwaltungskantinen möglich sein.

95 • Weitere mögliche Maßnahmen finden sich unter anderem unter [http://sozis-  
96 tiere.de/mensa](http://sozis-tiere.de/mensa)

97 • Analog zur Forderung der SPD im Regierungsprogramm 2014 unterstützen die Juso  
98 Hochschulgruppen die Einführung eines Gastronomischen Ampelsystems in den Men-  
99 sen,

100 [http://www.jusohochschulgruppen.de/meldungen/beschluesse/beschluss.html?&object=  
101 250](http://www.jusohochschulgruppen.de/meldungen/beschluesse/beschluss.html?&object=250). Projekt unter: [www.gastro-ampelsystem.com](http://www.gastro-ampelsystem.com)

102 • <http://www.nutrition-impacts.org/index.php/gastronomy-catering>

103 • Auch die Produktion von Tieren unter dem sogenannten „Tierschutzlabel“ des Deut-  
104 schen Tierschutzbundes sowie Neuland-Fleisch sind unter moraltheoretischen Perspek-  
105 tiven fragwürdig. Auch hier ist eine pflanzliche Orientierung besser.

106 • Sehr wohl können die ethischen Argumente für Tierversuche im Allgemeinen sowie die  
107 Ergebnisse von Tierversuchen im Konkreten hinterfragt werden.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: U 2

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Maut für Fernlinienbusse

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir fordern den vollständigen Einbezug der Fernlinienbusse in das Mautsystem für LKW sowie  
4 einen Vorstoß im Rahmen des deutschen Städte- und Gemeindebundes, um ein einheitliches  
5 Abgabesystem für das Halten in den jeweiligen Städten zu forcieren. Des Weiteren muss einer  
6 Entwertung der Eisenbahn als Verkehrsmittel entgegengewirkt werden. Es darf aus zwei Grün-  
7 den auf keinen Fall zu einer weiteren Ausdünnung, Privatisierung oder Konzentration auf das  
8 Luxussegment kommen: Erstens hat der Staat den eindeutigen Auftrag zur öffentlichen Da-  
9 seinsfürsorge und muss somit auch wirtschaftlich weniger oder nicht rentable Strecken bedie-  
10 nen und Städte und Gemeinden anfahren und verbinden. Zweitens kann vor allem über einen  
11 verstärkten Bahnverkehr ein Beitrag zur Reduktion der klimaschädlichen Gase erreicht und die  
12 entsprechenden Reduktionsziele eingehalten werden. Mit der zunehmenden Erzeugung von  
13 Ökostrom kann ein Mobilitätskonzept mit der Bahn im Mittelpunkt zunehmend frei von Kohlen-  
14 stoffdioxid und anderer Ressourcenbelastungen sowie -verbräuchen etabliert werden.

15

16 **Begründung:**

17

18 Erfolgt mündlich.

19

- 20  angenommen  
21  abgelehnt  
22  überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: U 3

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: Landeskonzferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Mobilität für alle, und zwar umsonst!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD fordert die Aufsichtsratsmitglieder des NVV und des RMV dazu auf, Kosten- und  
4 Nutzenrechnungen über kostenlose ÖPNV-Angebote anzufertigen.

5 Dabei soll nach Verkehrsräumen unterschieden werden:

6 Regionale Oberzentren wie Kassel, Fulda und Marburg

7 regionale Zentren wie z.B. Eschwege, Bad Hersfeld und Korbach und

8 Gemeinden und Städte, die keine regionale Zentrumsfunktionen haben sowie

9 Überlandstrecken.

10 Im Fokus sollen die Kosten für die hundertprozentige kommunale Finanzierung sowie die  
11 Entlastung der Kommunen vom Individualverkehr stehen.

12

13 **Begründung:**

14 Mobilität entscheidet über soziale Teilhabe, weshalb der ÖPNV samt günstiger

15 Beförderungsentgelte ein sozialdemokratisches Thema ist. Gleichzeitig entstehen durch den  
16 Individualverkehr starke umweltliche Lasten und Abnutzungen an der öffentlichen Infrastruktur.

17 Diese Kosten- und Nutzenrechnung soll den Kommunalpolitikern dabei helfen, sich Gedanken  
18 über

19 die Mobilität der Zukunft zu machen. (Es handelt sich hierbei nicht um den Antrag, den ÖPNV  
20 kostenlos zu gestalten, sondern um den Wunsch nach einer Datengrundlage.)

21

22

23

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: U 4

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Todesfälle auf deutschen Autobahnen verringern, Sicherheit im Reise- und Fernbusbereich erhöhen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 **Sicherheit im Reise- und Fernbus-Verkehr erhöhen.**

4 Kurzfristig müssen Kontrollen im Reise- und Fernbussektor erhöht werden.

5 Im deutschen Bundesgebiet gibt es die Anschnallpflicht im motorisierten Individual- und  
6 Massenverkehr. Die Kontrollen sind jedoch zu gering getaktet, um diese Gurtpflicht  
7 durchzusetzen.

8 Durch gehäufte Kontrollen kann dieses Problem angegangen werden und es kann so erhöhte  
9 Sicherheit gewährleistet werden.

10 Zudem erhöhen gehäufte Kontrollen die Sicherheit der Busse, wenn Lenkzeiten und Zustand  
11 der Busführer überprüft werden.

12  
13 Schnellst möglich muss die Anzahl der Busse erhöht werden, die über Überrollvorrichtungen  
14 und automatische Löschvorrichtungen verfügen. Außerdem sind 3-Punkt-Sicherheitsgurte  
15 einzubauen.

16 Die Überrollvorrichtungen, bestehend aus verhärtetem Material, sollen im Falle eines Unfalls  
17 das Eindringen des Daches verhindern und so die Überlebenschancen der Insassen erhöhen.  
18 Diese Konstruktionen können Leben retten und sollen langfristig Standard im Bussektor  
19 werden.

20 Ein Großteil der Unfalltoten lässt sich auf die angesprochenen Ursachen zurückführen.

21  
22  
23 **Begründung:**

24  
25 Nach Angaben des statistischen Bundesamtes waren 2014 ca. 76.800 Busse auf Deutschlands  
26 Straßen unterwegs.

27 Nach der 2013 erfolgten Liberalisierung des Fernverkehrs strömen seit einem Jahr vermehrt  
28 Fernbusse auf deutsche Autobahnen. 40% der Bundesbürger erwägen den Fernbus als echte  
29 Alternative.

30  
31 Die Zahl der Busreisenden steigt und stieg bereits vor 2013 stark an.

32 Negative Folgen dieser Entwicklung sind steigende Unfälle und Unfalltode im Busbereich.

33 Jährlich gibt es etwa 4000-5000 Verletzte durch Busunfälle. Die Zahl der Unfalltoten lag bis  
34 2013 bei etwa 13 Menschen. Seit der Liberalisierung des Fernverkehrs hat sich die Zahl der  
35 Todesopfer um 300% gesteigert. Anders als bei PKW-Unfällen ist die Tendenz hier also stark  
36 steigend.

37 Im Verhältnis ist der Reisebus rein statistisch gesehen ein sehr sicheres Fortbewegungsmittel,  
38 ein Großteil der Unfalltoten ist jedoch durch die o.g. Maßnahmen vermeidbar.

39

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: U 5

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Landeskonferenz, Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag,  
SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Kastrationspflicht für Katzen und Kater

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Den kommunalen Mandatsträger\*innen wird empfohlen sich für eine Kastrations- und  
4 Kennzeichnungspflicht für freilaufende Katzen und Kater einzusetzen.

5

6

7 **Begründung:**

8

9 In Deutschland nimmt die unkontrollierte Vermehrung von Katzen immer weiter zu, was zu  
10 großem Tierleid und einem unangemessenen Eingriff in das heimische Ökosystem führt.  
11 Viele Tierhalter\*innen liegen falschen Tatsachenbehauptungen auf und kastrieren ihre Tiere  
12 bewusst nicht, um „ihnen den Spaß zu lassen“ und nicht „in die Natur eingreifen zu wollen“.  
13 Dabei handelt es sich um gefährliche Trugschlüsse. Katzen und Kater empfinden keine Freude  
14 bei der Fortpflanzung, sondern Stress und körperliche Schmerzen. Außerdem wird durch die zu  
15 hohe Katzenpopulation Tierleid erhöht, ein Eingriff durch den Menschen in Form von  
16 Kastrationen würde eben jenes verringern.

17

18 Aus diesem Grund soll dem Beispiel vieler niedersächsischer, nordrhein-westfälischer und der  
19 hessischen Kommune Hessisch Lichtenau gefolgt werden. Hierbei ist eine kommunale  
20 Regelung von Nöten, bei der die betreffenden Kommunen durch eine Informationsweitergabe  
21 und das Einbringen vor Ort unterstützt werden sollen.

22

23

24  angenommen

25  abgelehnt

26  überwiesen an

27

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: U 7

Antragsteller: Unterbezirk Fulda

Adressat: Landeskonferenz, Bundeskongress,  
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-  
Bundesparteitag

Betr.: Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen  
an

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Jusos und SPD setzen sich laut ihrer jeweiligen Programme und Beschlusslagen seit  
4 Jahrzehnten für Umweltschutz und ökologische Nachhaltigkeit ein. Vor diesem Hintergrund  
5 macht die oft exorbitante Verschwendung von Papier auf fast allen Gliederungsebenen häufig  
6 ratlos. Wir fordern deshalb eine Befragung aller Mitglieder, ob sie individuell bereit sind,  
7 Einladungen, Sitzungsvorlagen etc. zukünftig ausschließlich auf elektronischem Wege zu  
8 empfangen und über die Notwendigkeit eines Ausdrucks im Einzelfall selbst zu entscheiden –  
9 wer nicht will, muss natürlich nicht. Auch Änderungsanträge auf den Konferenzen sollten in  
10 Zukunft gesammelt werden, um die Situation zu verbessern.

11 Alle Mitglieder, die dem elektronischen Verfahren explizit zustimmen, werden binnen eines  
12 halben Jahres nach Beschluss weder per Post noch auf Sitzungen Dokumente in Papierform  
13 von Partei bzw. AG erhalten – ausgenommen sind Fälle, in denen dies rechtlich notwendig,  
14 aufgrund von Kurzfristigkeit geboten oder wegen des Umfangs ein privater Druck unzumutbar  
15 ist. Außerdem soll eine entsprechende Befragung beim Parteieintritt von Neumitgliedern  
16 eingeführt werden.

17  
18 **Begründung:**

19 Erfolg nötigenfalls mündlich. Die Konsequenzen der verschwenderischen Nutzung natürlicher  
20 Ressourcen sind hoffentlich hinreichend bekannt.

- 21  
22  
23  
24  angenommen  
25  abgelehnt  
26  überwiesen an

27



**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: IE 1

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Die Unabhängigkeit bei Gas ausbauen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die SPD soll existierende Technologien wie Wind zu Gas bzw. Power to Gas durch gesetzliche  
4 Erweiterungen und Förderungen vom Staat ausbauen um die Versorgungsabhängigkeit von  
5 Drittstaaten zu verringern. Wind zu Gas bzw. Power-to-Gas, soll als Ergänzung zu  
6 Überlandleitungen genutzt werden um den durch erneuerbare Energien erzeugten Strom der  
7 nicht eingespeist oder weitergeleitet werden kann in das Netz, umzuwandeln und somit die  
8 Leistung der erneuerbaren Energien zu speichern für Gaskraftwerke und die kommunale und  
9 lokale Versorgung von Bürgern mit Gas.

10  
11 **Begründung:**

12 „Der Begriff Power-to-Gas steht für ein Konzept, bei dem überschüssiger Strom dazu verwendet  
13 wird, per Wasserelektrolyse Wasserstoff zu produzieren und bei Bedarf in einem zweiten Schritt  
14 unter Verwendung von Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) in synthetisches Methan umzuwandeln. Als  
15 Speicher für dieses Methan und bis zu einem gewissen Volumenanteil auch des elementaren  
16 Wasserstoffs könnte die bestehende Erdgasinfrastruktur, also das Gasnetz mit den  
17 angeschlossenen Untertagespeichern, verwendet werden.“

18 Power-to-Gas bezeichnet die Umwandlung regenerativ erzeugter elektrischer Energie in  
19 chemische Energie und deren Speicherung im verfügbaren Gasnetz in Form verschiedener  
20 Gase. Die halb-staatliche Deutsche Energie-Agentur (dena) unterhält zu den Verfahren zur  
21 Erzeugung von EE-Gas seit Oktober 2011 eigens eine Strategieplattform unter dem Titel Power  
22 to Gas. Hier könnte ein Ansatz zum skalieren der Technologie gesetzt werden!

23 In den 450.000 Kilometer langen Gasleitungen und etwa 47 Erdgasspeichern in  
24 Deutschland ist schon heute Platz für 23,5 Milliarden Kubikmeter (m<sup>3</sup>) Gas. Dieser Platz wird  
25 sich bis 2025 durch Erweiterungen und Neubauten auf 32,5 Milliarden m<sup>3</sup> erhöhen.

26 Infolge der Energiewende werden immer mehr regenerative Erzeuger errichtet. Dadurch, dass  
27 zugleich konventionelle Grundlastkraftwerke nur bis zu einem gewissen Grad gedrosselt  
28 werden können, kann es während Zeiten hoher Einspeisung von Wind- und Solarenergie zu  
29 einem Überangebot von Strom kommen, speziell bei geringer Stromnachfrage. Diese Energie  
30 steht damit preisgünstig bereit. Gleichzeitig dient die Integration von Power-to-Gas-Anlagen in  
31 die elektrischen Energieversorgungssysteme der Entlastung der Leitungen und der  
32 Netzstabilität, denn Power-to-Gas-Anlagen können als regelbare Last eingesetzt werden. In der  
33 Fachliteratur wird davon ausgegangen, dass ab einem Erneuerbare-Energien-Anteil von ca.  
34 40 % in größerem Maße zusätzliche Speicher benötigt werden, vereinzelt wird auch die Zahl  
35 70 % genannt. Die SPD hat hiermit eine Chance existierende Versorgungsnetze und Kraftwerke  
36 zu entlasten, und relativ CO<sub>2</sub> Neutral einen weiteren Schritt in der Energiewende in Richtung  
37 einer grünen Versorgung zu erreichen.

- 38  
39  angenommen  
40  abgelehnt  
41  überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: IE 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Fahrende Supermärkte

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Es sollen sogenannte „Fahrende Supermärkte“ geschaffen werden, die mindestens einmal die  
4 Woche jedes Dorf ohne eigenen Supermarkt anfahren sollen. Dies soll als eine Möglichkeit im  
5 Dorferneuerungsprogramm vorgestellt und auch darüber finanziert werden.

6

7 **Begründung:**

8 Die Bevölkerung altert. Und gerade in den Dörfern wird das zum Problem, wenn die nächste  
9 Einkaufsmöglichkeit 30 Minuten weg ist und der Bus nur 1-mal am Tag kommt. Deshalb  
10 müssen Alternativen geschaffen werden. Mit einem fahrenden Supermarkt ist es möglich auch  
11 entfernte Dörfer zu versorgen.

12

- 13  angenommen
- 14  abgelehnt
- 15  überwiesen an

16

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: IE 3

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm-Eder

Adressat: Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Südlink überdenken!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:  
2  
3 Die von der Firma TenneT TSO GmbH und TransnetBW GmbH als Gemeinschaftsprojekt  
4 geplante Stromtrasse SuedLink, die durch Nordhessen führen soll, soll in ihrer jetzigen Form  
5 abgelehnt werden.  
6 Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag wird aufgefordert, einen Entwurf für ein Gesetz in den  
7 Landtag einzubringen, in dem Mindestabstände von Stromtrassen zu Wohngebieten und zu  
8 Naturschutzgebieten festgelegt werden. Außerdem soll das Gesetz die Rahmenbedingungen  
9 für eine Erdverkabelung und für überirdische Leitungen festlegen.  
10 Außerdem sollte die Notwendigkeit der genannten Stromtrasse durch eine neutrale Stelle  
11 erneut geprüft werden.  
12  
13 Sollte sich herausstellen, dass diese für eine erfolgreiche Energiewende von Nöten sein wird,  
14 sollte von der neutralen Stelle auch geprüft werden, ob der ausgewählte Trassenkorridor  
15 wirklich die beste Lösung mit Hinblick auf Bürgerverträglichkeit und Umweltschutz ist. Wir  
16 kritisieren, dass in der vergangenen Legislaturperiode von CDU/CSU und FDP die Planung und  
17 Durchführung der Stromtrasse SuedLink an ein privates Unternehmen, nämlich Tennet  
18 vergeben wurde.  
19  
20 Sollte sich zudem herausstellen, dass der Trassenverlauf durch Nordhessen unter diesen  
21 Aspekten notwendig und sinnvoll ist, muss eine gemeinde- und bürgerverträgliche Lösung  
22 gefunden werden, welche auf teilweiser Erdverkabelung aufbaut. Hierfür werden die oben  
23 geforderten gesetzlichen Regelungen zu Mindestabständen von Stromtrassen zu  
24 Wohnbebauungen, als auch Vorgaben für eine mögliche Erdverkabelung in Hessen notwendig.  
25 Gemeinden und Landkreise sollten dabei schon frühzeitig in den Planungsprozess  
26 miteinbezogen werden.  
27  
28 Zudem sollen überregionale Behörden die gesundheitlichen Risiken, die mit einer solchen  
29 Stromtrasse verbunden sind, prüfen.  
30 Weiterhin fordern wir, dass geprüft wird, inwiefern das Netzausbaubeschleunigungsgesetz  
31 (NABEG) mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Eine entsprechende Klage sollte dabei in Betracht  
32 gezogen werden. Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) bildet die Grundlage für  
33 Großprojekte wie die Stromtrasse SuedLink und schränkt in enormen Maße das Recht der  
34 kommunalen Selbstverwaltung und Planungshoheit ein. Das kann dazu führen, dass  
35 Großprojekte ohne Einbindung von Kommunen durchgeführt werden können, was eklatant  
36 unseren Prinzipien der politischen Partizipation widerspricht.  
37 Um solche und potenziell viele weitere Konflikte gar nicht erst aufkeimen zu lassen, war, ist und  
38 bleibt der Aufbau einer demokratischen, solidarischen, Gemeinwohl förderlichen und  
39 mitweltverträglichen Energieinfrastruktur unser oberstes Ziel. Dezentrale Kraftwerkseinheiten  
40 sind unserer Ansicht nach der hierfür beste Weg, die benötigten Kapazitäten an Energie  
41 bereitzustellen und dabei den genannten Ansprüchen gerecht werden zu können. Außerdem

42 reduzieren sie massiv den Bedarf an Zubau von neuen Höchstspannungsleitungen und  
43 Gleichstromtrassen.“

44

45

46

47 **Begründung:**

48

49 Erfolgt mündlich.

50

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: A 2

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: Bezirkskonferenz, Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag,  
SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Mindestlohn ausbauen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die Einführung des Mindestlohns ist ein erster Schritt zur gerechteren und angemesseneren  
4 Bezahlung der ArbeitnehmerInnen. Er ist ein Instrument, das allerdings sehr viel stärker  
5 ausgebaut werden muss um wirklich sozial und gerecht zu sein.

6 Deswegen muss sich die SPD für eine Stufenweise Anhebung einsetzen und diese ebenfalls  
7 durchsetzen, wenn sie an der Regierung beteiligt ist oder diese führt. Die stufenweise  
8 Anhebung sollte sich folgende Etappenziele setzen:

9

10 – Grundsicherung mit dem Arbeitseinkommen erreichen

11

12 Die Einkommensgrenze ab der man über ALG-II trotz Erwerbstätigkeit bezuschusst wurde um  
13 die eigene Grundsicherung zu erreichen betrug im Jahr 2011 1054€ - mittlerweile ist dieser  
14 Betrag noch gestiegen. Beachtet man, dass in Deutschland die tariflich vereinbarte  
15 Regelarbeitszeit im Schnitt 37,6 beträgt, unterschreitet ein Mindestlohn von 8,50€ diese  
16 Maßgabe. Aus diesem Grund muss der Mindestlohn als erstes auf ein Niveau gehoben werden,  
17 dass der Grundsicherung entspricht – also auch angepasst an Lebenshaltungskosten, kalter  
18 Progression und Inflation.

19

20 – Armut trotz Arbeit abschaffen

21

22 Die internationale Armutforschung definiert "arm trotz Arbeit" bei 50% des durchschnittlichen  
23 Einkommens der Vollzeitbeschäftigten in einem Land. In Deutschland liegt dieser  
24 durchschnittliche Wert 2010 bei 21,48€. Demnach wäre man nicht "arm trotz Arbeit" ab einem  
25 Brutto-Stundenlohn ab 10,74€. Die Anhebung des Mindestlohns muss sich in diesem folgenden  
26 Schritt also an diese Richtlinie halten, damit Vollzeitbeschäftigte in Deutschland unabhängig der  
27 Branche oder Region nicht Gefahr laufen, Arm trotz Arbeit zu sein.

28

29 – Einhaltung und Durchsetzung der europäischen Sozialcharta  
30 im Mindestlohn

31

32 Schließlich muss darauf eine letzte Anhebung gemäß der 1964 in der Bundesrepublik  
33 Deutschland ratifizierten europ. Sozialcharta erfolgen. Sie gibt eine Mindestlohnnorm vor, die  
34 sich an eine Untergrenze von 60 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns orientiert. Im Jahr  
35 2010 hätte sich der Mindestlohn demnach auf etwa 12,50€ belaufen müssen, variierend je nach  
36 wöchentlicher Arbeitszeit.

37

38 Ziel muss es sein, auf lange Sicht diese Grundsätze und Richtlinien in die  
39 Mindestlohnberechnung einzuführen und sie gegebenenfalls auch auf europäischer Ebene  
40 durchzusetzen.

41 „Darüber hinaus darf der Mindestlohn grundsätzlich keine Ausnahmen beinhalten, die  
42 PraktikantInnen und Langzeitarbeitslose benachteiligen. Die einzige Ausnahme darf nur durch  
43 Praktika im Rahmen von Unterricht an allgemeinbildenden Schulen bei Unter-18-jährigen sein.  
44 Er muss ansonsten, wie wir ihn im Wahlkampf versprochen haben, flächendeckend und für alle  
45 gelten.

46  
47 **Begründung:**

48 In einem Land, das seit dem Nachkriegsjahren sein Wirtschaftsleistung um ein vielfaches  
49 vermehrt hat, dass sogar mittlerweile zu dem Wirtschaftsmotor in Europa herangewachsen ist,  
50 ist es unverständlich, dass es immer noch Menschen gibt, die trotz Arbeit und Mindestlohn  
51 Zuschläge von staatlichen Institutionen erhalten müssen.  
52 Wir können in Deutschland zwar froh darum sein, dass wir diese Leistung an schlechter  
53 Verdienende zahlen können, dennoch darf dies nicht das Ziel von Vollzeitbeschäftigung sein.  
54 Neben einer psychologischen Komponente, dass man trotz Arbeit immer noch auf Hilfe anderer  
55 angewiesen ist, widerspricht dies auch dem Konzept einer angemessenen Entlohnung von  
56 Arbeit. Aus diesem Grund muss die SPD sich dafür stark machen, eben genau diese  
57 angemessene Entlohnung zu gewährleisten, die nicht zuletzt durch eine entsprechende  
58 Bezahlung erwirkt wird.

59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66

67 **Begründung:**

68  
69  
70

- 71  angenommen  
72  abgelehnt  
73  überwiesen an

74

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: A 4

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Landeskonzferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag,

Betr.: Hessisches Sozialbudget deutlich erhöhen. Zukunftsfähigkeit des hessischen Sozialsektors erhalten. Altlasten Roland Kochs nicht weiter mittragen.

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:  
2  
3 Die seit 2004 gekürzten Mittel im Sozialbereich sind rückgängig zu machen.  
4 Institutionen wie Frauenhäusern und Tierheime bangen Tag für Tag um ihr Überleben und sind  
5 gezwungen, bei ihren Nutzern Gebühren zu nehmen.  
6 Dies bedeutet zum Beispiel in vielen Frauenhäusern, dass dort Hilfe suchende Frauen mit einer  
7 Nutzungsgebühr und Aufwandsentschädigungen rechnen müssen.  
8 Soziale Kälte ist für uns keine Option. Wir fordern deshalb dazu auf, das Rad an dieser Stelle  
9 zurückzudrehen und das Sozialbudget wieder auf die volle Höhe zu erhöhen und dieses  
10 langfristig sukzessive zu erhöhen.  
11 Zudem sollen und dürfen weitere Massenentlastungen in Bundesbehörden und  
12 Landesbetrieben nicht mehr möglich sein.  
13 Die weitere Zusammenlegung von Behörden und Ämtern darf nur noch in Ausnahmefällen  
14 möglich sein.  
15 Die eingesparten 60.000.000 Euro im Bausektor des Landes Hessen sollen dem zum Teil  
16 erheblich heruntergekommenen Straßennetz Hessens wieder zugeführt werden.  
17  
18  
19  
20 **Begründung:**  
21  
22 **Sozial geht anders. Kürzungen im Zuge der „Operation sichere Zukunft“ zurücknehmen**  
23 **und soziale Kälte in Hessen bekämpfen.**  
24  
25 Im Jahre 2004 verordnete Roland Koch seinem Land und seinen Bürgern ein umfassendes und  
26 tiefgreifendes Sparprogramm, das vor allem den Sozialbereich traf.  
27 Eine Milliarde Euro wurde dem Haushaltsbudget entzogen und eingespart.  
28 Um dieses Sparpotential zu erreichen, wurden alle Landessubventionen und freiwilligen  
29 Zuwendungen des Landes um 1/3 gesenkt.  
30 Negative Folgen waren und sind drastische Löcher im Sozialhaushalt, Einstellungsstopps und  
31 Zusammenlegungen von Behörden, Forstämtern und anderen Institutionen.  
32 Unter der Spardoktrin Roland Kochs leiden seit nunmehr einem Jahrzehnt Sozialeinrichtungen,  
33 Kommunen und Ämter Landauf, Landab.  
34 Die soziale Kälte der letzten Jahre ist für ein Land im Herzen Europas, das über mehr  
35 Investitionspotential verfügt als nahezu alle anderen Bundesländer, keine Option und darf nicht  
36 länger hingenommen werden.  
37

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: A 5

Antragsteller: Unterbezirk Fulda

Adressat: Landeskonferenz, Bundeskongress,  
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-  
Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-  
Bundestagsfraktion

Betr.: Bezahlbarer Wohnraum für alle!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Insbesondere Studierende, Auszubildende, junge Familien,  
4 Einkommensschwache und Asylbewerber leiden unter den hohen Mietpreisen oder finden erst  
5 gar keine Wohnung.

6  
7 **Wir fordern daher:**

- 8 • vorrangige Ausweisung von Wohnflächen (insbesondere reine Wohngebiete
- 9 (WR) und Allgemeine Wohngebiete (WA)
- 10 • Erhöhung der finanziellen Förderung der Studierendenwerke durch Bund
- 11 und Länder um die Konkurrenzsituation durch Studierende zu entschärfen
- 12 • Gesicherte Bereitstellung von bezahlbaren Wohnungen für alle
- 13 • Neubau bezahlbaren Wohnraums
- 14 • Ausbau des barrierefreien und familiengerechten Wohnraums
- 15 • Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden
- 16 • Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus
- 17 • Die Mischung aus sozialem Wohnungsbau, bezahlbarem Wohnraum und
- 18 Wohnraum für gehobene Ansprüche

19  
20  
21 **Begründung:**

22 Die Wahl des Wohnortes liegt oft nicht in der Entscheidung des Menschen. Eine Vielzahl von  
23 Faktoren ist ausschlaggebend. Einer davon ist der Wohnungsmarkt, der oftmals  
24 entscheidenden Einfluss auf die Wahl des Wohnortes hat. Nur dort, wo auch der Wohnraum  
25 vorhanden ist, kann ein Studium, eine Ausbildung oder ein Beschäftigungsverhältnis  
26 aufgenommen werden. Insbesondere in Ballungsräumen, die zumeist auch Hochschulstädte  
27 sind, wird der Wohnraum immer knapper.

28 Gerade zu Semesterbeginn übersteigt die Nachfrage das Angebot deutlich. Hier konkurrieren  
29 dann nicht nur Studierenden um eine Wohnung, sondern alle Zielgruppen, die bezahlbaren  
30 Wohnraum benötigen und verschärfen das Problem noch weiter.

- 31  
32  
33  angenommen
- 34  abgelehnt
- 35  überwiesen an

36



**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: A 6

Antragsteller: Unterbezirk Fulda

Adressat: Landeskonzferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Recht auf kostenlose Deutschkurse für Asylbewerber\*innen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Der Staat soll in Zukunft kostenlose Deutschkurse für Asylbewerber\*innen während der Dauer  
4 ihres Asylverfahrens anbieten oder für solche zumindest die Finanzierung übernehmen.

5  
6 **Begründung:**

7 Flüchtlinge, egal woher sie kommen, dürfen in Deutschland, während ihr Asylverfahren läuft,  
8 nicht arbeiten und haben kein Recht einen kostenlosen Deutschkurs zu besuchen.  
9 Kostenpflichtige Kurse, die angeboten werden, sind für diese Menschen meist zu teuer und  
10 finden zudem nicht oft genug statt, um einen echten Lernfortschritt zu erzielen. Da der Staat  
11 auf dieser Ebene offensichtlich versagt, ist ein Großteil der Flüchtlinge davon abhängig, ob es  
12 in der Kommune, in der sie untergebracht sind, einen ehrenamtlichen Verein gibt, der  
13 kostenlose Deutschkurse organisiert. Ist das nicht der Fall, so haben viele Flüchtlinge keine  
14 Möglichkeit die deutsche Sprache in dem Zeitraum ihres Asylverfahrens zu erlernen.  
15 Dabei wäre genau das sowohl im Sinne der Asylbewerber\*innen als auch des deutschen  
16 Staates, da Sprache das Fundament für eine gute Integration ist.

17 Der überwiegende Teil der Menschen, die nach Deutschland kommen ist hoch motiviert und will  
18 sofort damit beginnen zu arbeiten und Deutsch zu lernen. Um ihr Ziel zu erreichen sind diese  
19 Menschen bereit große Anstrengungen zu vollbringen. Sie sind sich der Chancen, die ihnen  
20 Deutschland bieten kann voll bewusst, und wollen sie dankend annehmen.

21 Wenn sich Asylbewerber\*innen im Laufe ihres Prozesses mit Behörden und Institutionen  
22 auseinandersetzen müssen, können sie häufig kein Vertrauen in diese aufbauen, da sie nicht  
23 selbstständig kommunizieren können. Im schlimmsten Fall erinnert sie der Kontakt mit  
24 deutschen Behörden an ihre Erfahrungen mit dem meist korrupten Staatsapparat in ihrem  
25 Heimatland. Außerdem wirkt sich das von Anfang an distanzierte Verhältnis zu den Behörden  
26 nicht unbedingt positiv auf das gesamte Asylverfahren aus.

27 Anscheinend gibt es auf Seiten des Staates bislang keine größeren Ambitionen, Flüchtlinge in  
28 die Gesellschaft zu integrieren. Jedenfalls werden diesen schon zu Beginn ihres Aufenthaltes  
29 Steine in den Weg gelegt. Die Konsequenz sind Flüchtlinge, die wenige Chancen haben, sich  
30 in ihrer Kommune einzubringen und separat und abgeschottet neben der Gemeinschaft leben  
31 müssen. Wenn das nicht der Fall wäre, dann hätten wir die Diskussion um den Flüchtling, der  
32 nicht arbeiten und nicht Deutsch lernen will, so vielleicht gar nicht.

33 Am Ende fördert das frühzeitige Erlernen der deutschen Sprache nicht nur die Integration,  
34 sondern beugt auch Konflikten vor. Außerdem wäre es nur fair, Asylbewerber\*innen eine  
35 Chance zu geben, sich in unsere Gesellschaft einzubringen.

36  
37  
38

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

<u>Antrag:</u>	A 7
<u>Antragsteller:</u>	Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag
<u>Betr.:</u>	Hochschulen als Orte der gesellschaftlichen und individuellen Entwicklung Für eine soziale, offene und demokratische Hochschule in Hessen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 In Hessen studieren so viele junge Menschen wie noch nie. Zum Wintersemester 2014 waren  
4 238.200 Personen an den fünf Universitäten und den diversen öffentlichen Fachhochschulen,  
5 Kunsthochschulen und Verwaltungsfachhochschulen eingeschrieben. Mit 55.000 Studierenden  
6 im ersten Semester beginnen in Hessen mittlerweile mehr Menschen ein Studium als eine  
7 Ausbildung im dualen System (ca. 37.700 neue Ausbildungsverträge). Das Studium ist somit  
8 für viele Menschen eine Selbstverständlichkeit in ihrem Bildungsverlauf geworden.

9 Für die nächsten Jahre müssen wir Jungsozialist\*innen deutlich machen, wie wir uns  
10 Hochschulen und Studium in Hessen vorstellen. Unser Leitbild wird geprägt von der  
11 Überzeugung, dass Hochschulen offen und demokratisch gestaltet werden müssen und eine  
12 hohe Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung haben.

13  
14 Hochschulen als Ort der Entwicklung und Reflexion von Individuen und Gesellschaft

15  
16 Für uns haben Hochschulen fünf zentrale Funktionen:

- 17 - die Persönlichkeitsentwicklung von Menschen
- 18 - die Aneignung von individuellen Kompetenzen
- 19 - das Generieren von Wissen
- 20 - die gesellschaftliche Fortentwicklung
- 21 - und die Reflexion des neu generierten Wissens und der  
22 gesellschaftlichen Entwicklung

23 Bildung im Schulsystem, der Ausbildung und der Hochschule muss vordergründig zur  
24 Persönlichkeitsbildung von Menschen beitragen. Bildung soll es ermöglichen, die eigenen  
25 Interessen und individuellen Stärken zu erkennen. Es bedarf genügend Freiraums um die  
26 eigenen Interessen und Stärken entsprechend weiter auszubauen und somit die Persönlichkeit  
27 zu entwickeln. Hochschulen sind somit auch ein Einrichtung der humanistischen Entwicklung.  
28 In ihnen muss die Aneignung von individuellen Kompetenzen ermöglicht werden. Durch ein  
29 Studium sollen die Menschen befähigt werden, aktiv am gesellschaftlichen Leben und  
30 demokratischen System teilzuhaben, aber auch die Kompetenzen besitzen um in der Berufs-  
31 und Arbeitswelt ankommen zu können. Diesen Spagat zwischen Gesellschaft und Arbeit muss  
32 ein Studium leisten und zugleich reflektieren.

33 Neben dem Studium sind die Hochschulen der Ort der Forschung. Vor allem in der  
34 grundlagenorientierten, aber auch der anwendungsbezogenen Forschung soll Wissen generiert  
35 werden. Dieses Wissen muss sich an den gesellschaftlichen Problemen unserer Zeit  
36 orientieren und somit zur Fortentwicklung der Gesellschaft beitragen. Durch die staatliche  
37 Finanzierung sind die Hochschulen nicht gesellschaftlichen Teilgruppen, sondern der gesamten  
38 Gesellschaft gegenüber verpflichtet durch die Generierung von Wissen Fortschritt zu erzielen.

39 Fortschritt kann jedoch nicht nur positiv sein. Die Folgen von Entwicklungen durch die  
40 Forschung muss daher durch die Wissenschaft an den Hochschulen diskutiert werden. Die  
41 Hochschulen sind somit auch für die Reflexion und Diskussion von wissenschaftlicher  
42 Entwicklung verantwortlich.

43  
44 Die Freiheit des Studiums ermöglichen

45  
46 1999 wurde in Bologna der Harmonisierung der europäischen Studiengänge beschlossen. In  
47 Rahmen dessen wurden in Deutschland die Abschlüsse auf Bachelor und Master umgestellt.  
48 Die Vergleichbarkeit und Einheitlichkeit der Abschlüsse in Europa begrüßen wir. In der  
49 Umsetzung wurde an den Hochschulen vielfach eine Verschulung der Strukturen  
50 vorgenommen, die wir hingegen ablehnen. Studieren wurde zum Abarbeiten von Credits. Vor  
51 allem durch Klausuren wurde überprüft, ob in den Veranstaltungen ausreichend gelernt wurde.  
52 Der Sinn des Studiums, sich durch eigene Schwerpunktlegung und durch eigenes Generieren  
53 von Erkenntnissen Wissen anzueignen, wurde in weiten Teilen aufgegeben.  
54 Wir wollen ein Studium, in dem durch eine große Wahlfreiheit individuell Schwerpunkte gesetzt  
55 werden. Die Aneignung von Wissen wird vor allem durch eigenständige wissenschaftliche  
56 Arbeit und Projekte erlangt. Die reine Fokussierung auf einen maximalen Output der  
57 Studierenden muss wieder verlassen werden. Dazu bedarf es an einigen Stellen auch einer  
58 deutlichen Reduzierung von Klausuren. Klausuren überprüfen nur den Kenntnisstand von  
59 Wissen zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Vernetzung und Anwendung des Wissens wird  
60 nicht überprüft. Dazu bedarf es vielmehr der selbstständigen und projektorientierten  
61 Wissenschaftlichen Arbeit.

62 Da immer mehr Menschen studieren, gelangen auch vermehrt Menschen an die Hochschulen,  
63 die als „nicht traditionelle Studierende“ bezeichnet werden. Damit sind vor allem Menschen  
64 ohne akademischen familiären Hintergrund gemeint sowie Personen, die nicht durch eine  
65 klassische Hochschulzugangsberechtigung wie dem Abitur an der Hochschule sind. Für viele  
66 dieser Menschen stellt die Hochschule und das Ziel einer selbstverantwortlichen Bildung ein  
67 neues Umfeld dar. Wir wollen durch verpflichtende Eingangsphasen zu Beginn des Studiums  
68 an allen Hochschulen erreichen, dass die Studierenden unabhängig von ihrer Herkunft an  
69 wissenschaftliches Arbeiten herangeführt werden. Zudem soll in der Eingangsphase durch  
70 transdisziplinäre Projekte die Wahl des Studiengangs reflektiert und Barrieren zu andere  
71 Disziplinen abgebaut werden.

72 Auch das Studium zur Vorbereitung auf das Lehramt muss reformiert werden. Wir wollen ein  
73 Lehramtsstudium, das für jede Form des Lehramtes 10 Semester dauert und mit regelmäßigen  
74 Praxisphasen an den Schulen verbunden ist. Anhand der Praxisphasen soll Gelerntes kritisch  
75 reflektiert und bestehende schulische Probleme an den Hochschulen diskutiert und bearbeitet  
76 werden. Wir streben zudem eine einphasige Ausbildung der zukünftigen Lehrer\*innen an. Das  
77 bedeutet, dass aufgrund des erhöhten Praxisanteils nach dem Studium kein Referendariat  
78 sondern eine begleitete Berufseinstiegsphase erfolgt.

79  
80 Ein demokratischer Staat braucht demokratische Hochschulen

81  
82 Die Mitbestimmungsrechte der demokratischen Vertretung an den Hochschulen, des  
83 akademischen Senats, wurden in den letzten Jahren zugunsten der Präsidien und von extern  
84 besetzten Gremien wie Hochschulräten zurückgefahren. Seit der Jahrtausendwende werden  
85 die Hochschulen im Sinne des „New Public Managements“ darauf ausgerichtet, in einem  
86 Wettbewerb untereinander möglichst großen Output zu produzieren. Dafür wurden auch die  
87 internen Strukturen der Hochschulen gestrafft und vor allem im Bereich der Mitbestimmung  
88 gekürzt. Wir sind der Überzeugung, dass in einem demokratischen Staat auch dessen  
89 Einrichtungen demokratisch organisiert werden müssen. Demokratie ist nicht nur eine  
90 Staatsform, es ist vielmehr eine Form der Koordinierung von Gesellschaft und  
91 gesellschaftlichen Teilsystemen. Daher wollen wir die demokratische Partizipation aller  
92 Mitglieder an den Hochschulen stärken. Dafür muss der Senat wieder das entscheidende  
93 Gremium werden. Im Senat müssen alle für die Hochschule relevanten Entscheidungen  
94 getroffen werden. Die Präsidien sind für die Umsetzung der Beschlüsse und einer

95 reibungslosen Verwaltung zuständig. Der Hochschulrat, der durch das  
96 Wissenschaftsministerium sowie auf Vorschlag des\*der Präsident\*in besetzt wird, soll  
97 abgeschafft werden.

98 Der Senat wird bisher durch eine absolute Mehrheit von Professor\*innen besetzt. Dieser  
99 Aufbau ist der Interpretation der verfassungsrechtlich verbrieften Wissenschaftsfreiheit zu  
100 verdanken. Die Freiheit der Wissenschaft wird dem Demokratieprinzip gegenübergestellt und  
101 stärker gewichtet. Wir wollen aber, dass Hochschulen sich durch die Partizipation all ihrer  
102 Mitglieder entwickeln. Daher wollen wir die Wahlen nach Statusgruppen abschaffen und zum  
103 demokratischen Wahlgrundsatz der gleichen Wahl zurückkommen. Alle Mitglieder der  
104 Hochschulen sind dann wahlberechtigt und können Listen wählen, die sich auch aus allen  
105 Statusbereichen der Hochschule zusammensetzen. Entscheidend ist dann nicht mehr, welcher  
106 Statusgruppe man angehört, sondern welche politischen Ideen die einzelnen Listen vertreten.  
107 Die Wahl erfolgt aufgrund von politischen Auseinandersetzungen und nicht aufgrund einer  
108 Zugehörigkeit von Statusgruppen. Diese Umstellung wäre eine echte Demokratisierung von  
109 Hochschulen und somit eines wichtigen Teilsystems unserer Gesellschaft.

110 Die stärkere hierarchische Ausrichtung der Hochschulsteuerung ist mit der Zunahme der  
111 Autonomie der Hochschulen verbunden. Das Hochschulen nun autonom über Berufungen, ihre  
112 Finanzmittel und den Aufbau von Studiengängen entscheiden können, ist eine richtige  
113 Entwicklung. Die zunehmende Autonomie wollen wir mit einer zunehmenden Demokratisierung  
114 von Hochschule flankieren. Gleichzeitig wollen wir, dass die Hochschulen gegenüber dem  
115 Landesparlament rechenschaftspflichtig sind, da sich die staatlichen Hochschulen aus Mitteln  
116 der Gesellschaft finanzieren und entsprechend vor den Repräsentant\*innen der hessischen  
117 Gesellschaft für die Mittelverwendung rechtfertigen müssen.

118

119 Staatliche Hochschulen auch staatlich ausfinanzieren

120

121 An hessischen Hochschulen werden über 6% der eigenen Mittel aus der Wirtschaft  
122 eingeworben. Staatliche Drittmittel etwa vom Bund oder der Deutschen  
123 Forschungsgemeinschaft werden in etwa in Höhe von ca. 15% eingeworben. Ein Fünftel des  
124 Haushalts der hessischen Hochschulen sind somit Drittmittel, die den Hochschulen nur im  
125 jeweiligen Projekthaushalt zur Verfügung stehen. Zusätzlich werden befristete Mittel etwa aus  
126 dem Hochschulpakt des Bundes eingeworben. Wir wollen, dass die hessischen Hochschulen  
127 wieder mehr mit langfristigen Mitteln ausgestattet werden. Das bedeutet, die Grundfinanzierung  
128 muss gegenüber den Drittmitteln wieder deutlich steigen.

129 Wir sind davon überzeugt, dass die deutlich gestiegene Zahl von Studierenden weniger einen  
130 Berg als vielmehr ein Plateau darstellt. Der Trend zum Studium wird nicht in naher Zukunft  
131 enden. Entsprechend sind die Studienplätze dauerhaft auszufinanzieren. Nur mit einer sicheren  
132 Ausfinanzierung können Hochschulen die erforderlichen räumlichen und personellen  
133 Erweiterungen vornehmen, die die deutliche Zunahme von Studierenden erfordert.

134 Eine Drittmittelfinanzierung durch die Wirtschaft lehnen wir nicht grundlegend ab, jedoch  
135 verbinden wir sie mit zwei Forderungen. Zum einen darf Forschung im Auftrag von  
136 Unternehmen und vor allem ihre Resultate nicht im geheimen stattfinden.

137 Forschungsergebnisse von Hochschulen sind zu veröffentlichen und somit der Gesellschaft  
138 zugänglich zu machen, unabhängig davon, ob die Forschung durch den Staat oder die  
139 Wirtschaft finanziert wurde. Zweitens, fordern wir eine landesweite Einführung einer Zivilklausel  
140 im hessischen Hochschulgesetz. Hochschulen sind der Ort gesellschaftlicher Entwicklung. Die  
141 Entwicklung von Waffensystemen optimiert das Töten von Menschen, jedoch keine  
142 gesellschaftliche Entwicklung. Wir wollen, dass an keiner hessischen Hochschule für  
143 militärische Zwecke geforscht wird, egal ob staatlich oder privatwirtschaftlich finanziert.

144 Unternehmen die durch den Verkauf von Waffen ihr Geld verdienen, sollen unter staatlicher  
145 Aufsicht eigenständig forschen. Die notwendige Forschung für die Bundeswehr soll an ihren  
146 wissenschaftlichen Instituten ebenfalls unter strenger staatlicher Kontrolle erfolgen.

147

148 Die richtigen sozialen Rahmen für ein Studium schaffen

149

150 Mit dem Ausbau der Studienplätze konnte vielfach der Ausbau der sozialen Infrastruktur wie  
151 Mensen und Wohnheime nicht mithalten. Teilweise sind die Zustände in Hessen katastrophal.  
152 So gibt es auf 100 Studierende nur 8 Plätze in Wohnheimen der Studierendenwerke. Diese  
153 Quote ist unannehmbar. Die Studierendenwerke müssen finanziell deutlich besser ausgestattet  
154 werden. Zudem muss durch ein Investitionsprogramm der Bau zusätzlicher Wohnheime,  
155 Mensen und Beratungsstellen an den Hochschulstandorten ermöglicht werden. Gute  
156 Studierendenwerke ermöglichen ein Studium unabhängig des Geldbeutels der Eltern. Daher  
157 müssen sie wieder stärker gefördert werden und ihre Infrastruktur den aktuellen  
158 Studierendenzahlen angepasst werden.

159 Die Erhöhung des BAföG ist richtig. Wir wollen, dass mehr Personen nun den Zugang zu  
160 BAföG erhalten. Die Zahl der Förderungen in Relation zu den Studierendenzahlen hat in den  
161 letzten Jahren deutlich abgenommen. Dabei benötigen viele Menschen die staatliche  
162 Unterstützung um überhaupt ein Studium aufnehmen zu können. Wir wollen daher die Hürden  
163 für einen BAföG-Unterstützung absenken. Die mit dem BAföG einhergehende Verschuldung  
164 junger Menschen von bis zu 10.000€ muss endlich beendet werden. Gerade in der Altersspanne  
165 25 bis 50, in der eine Familie gegründet wird und der berufliche Einstieg erfolgt, noch einen  
166 Schuldendienst abzutragen, schreckt viele Menschen vor einem Studium ab. Wir wollen  
167 erreichen, dass das BAföG ein staatlicher Vollzuschuss wird, wie es bereits zur Einführung  
168 unter Willy Brandt der Fall war.

169  
170 Unsere Hochschulen sind der Ort der Wissenschaft, der Emanzipation, der  
171 Persönlichkeitsentwicklung und der Ausbildung von hochqualifizierten Fachkräften. Sie sind ein  
172 elementarer Eckpfeiler unseres Bildungssystems und des gesellschaftlichen Fortschritts. Wir  
173 wollen, dass unsere Hochschulen diese Aufgaben auf Basis eines offenen Zugangs, einer  
174 demokratischen Organisation sowie eines staatlich ausfinanzierten Haushalts erfüllen und  
175 durch starke Studierendenwerke dabei als Soziale Infrastruktur unterstützt werden.

176  
177

178

179 **Begründung:**

180 Erfolgt mündlich!

181

182

183

184  angenommen

185  abgelehnt

186  überwiesen an

187

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: O 1

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Landeskongress, Bundeskongress

Betr.: Jusos gehen voran und verschlüsseln ihre Kommunikation

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Alle Juso-Ebenen mögen die verbandsinterne elektronische Kommunikation durch die  
4 Verwendung von Verschlüsselungstechnologien sicherer machen und durch regelmäßige  
5 Workshops aka „Crypto Parties“ bei den Mitgliedern für Verschlüsselung werben und ihnen den  
6 Weg hin zu privater Kommunikation zeigen.

7  
8 **Begründung:**

9 Dass von E-Mails, über Chats, SMS bis hin zu Telefongesprächen alle unverschlüsselte  
10 elektronische Kommunikation von Geheimdiensten und Kriminellen ohne weiteres überwacht  
11 werden kann und wird, ist lange bekannt. Dagegen müssen wir politisch vorgehen, denn die  
12 Massenüberwachung einer gesamten Gesellschaft ist nicht hinnehmbar und zerstört unser  
13 freiheitliches Zusammenleben. Gleichzeitig jedoch müssen wir selbst in unserem Juso-Alltag  
14 handeln, unsere Kommunikation sicherer machen und als Jusos innerhalb der SPD und unserer  
15 Generation vorangehen und ein positives Beispiel sein. Deshalb fordern wir alle Juso-Ebenen  
16 auf ihre elektronische Kommunikation zu verschlüsseln. Das ist inzwischen durch die  
17 Verwendung von Ende-zu-Ende-verschlüsselten Chat-Programmen wie Threema oder auch der  
18 E-Mail-Kommunikation mit OpenPGP unkompliziert und unaufwändig möglich.

19  
20 Ein konkretes Szenario könnte so aussehen: jede von Juso-Vorständen verschickte E-Mail ist  
21 mit einem PGP-Schlüssel eindeutig signiert. Dies stellt noch keine Verschlüsselung aber eine  
22 Einladung an alle sensibilisierten E-Mail-Empfänger\*innen dar, in Antworten oder direkter  
23 Kommunikation verschlüsselt zu kommunizieren. Auf jährlichen Workshops wird der Zweck,  
24 insbesondere aber die Handhabung von verschlüsselter elektronischer Kommunikation allen  
25 interessierten Mitgliedern näher gebracht. Durch regelmäßige Anwendung dieses Vorgehens  
26 werden immer mehr Jusos für dieses Thema sensibilisiert.

- 27  
28  angenommen  
29  abgelehnt  
30  überwiesen an

31

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: O 2

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Landeskonferenz, Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag,  
SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Aufbau einer digitalen Infrastruktur

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Wir fordern den Parteivorstand auf, schnellst möglich eine digitale Infrastruktur auf Open-  
4 Source-Basis (Own-cloud, Etherpad, Ethercalc, Brabbl, Doodle etc.) für die Parteibasisorganisa-  
5 tionen aufzubauen, welche die Möglichkeiten bietet, Termine und Inhalte zu diskutieren und zu  
6 erarbeiten sowie Informationen zu verbreiten und zu teilen. Dabei soll auf keine teure Eigenent-  
7 wicklung zurückgegriffen werden.

8  
9 **Begründung:**

10  
11 Aus datenschutztechnischer und organisatorischer Hinsicht ist es ein nicht haltbarer Zustand,  
12 dass wir als Parteibasis zur Erledigung unserer Arbeit in den Vorständen, Ortsvereinen und  
13 AGen private Firmen mit unseren Nutzungsdaten bezahlen müssen, wenn wir bspw. Termine  
14 über Doodle abstimmen, „interne“ Diskussionsplattformen über Facebook und Mailinglisten,  
15 bereitgestellt von Google, nutzen.

16 Wir brauchen eine eigene digitale Infrastruktur, die unsere Arbeit organisatorisch erleichtert,  
17 dadurch effizienter und auch effektiver gestalten kann. Dafür sollen schnellst möglich die tech-  
18 nischen und personellen Voraussetzungen geschaffen und die notwendigen finanziellen Res-  
19 sourcen bereitgestellt werden.

- 20  
21  
22  angenommen  
23  abgelehnt  
24  überwiesen an

25

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: EI 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europ. Parlament

Betr.: Für eine neue sozialdemokratische Entwicklungspolitik

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 2015 ist für die globale Entwicklungspolitik ein weiteres Jahr der Zäsur: Das Jahr stellt den  
4 Endpunkt eines mit den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) 2001 begonnenen Prozesses  
5 dar. Die Bilanz der MDGs fällt gemischt aus: Einige wurden unter dem Strich erreicht oder sind  
6 zumindest auf dem besten Wege dorthin, bei anderen besteht auch im weltweiten Durchschnitt  
7 noch erheblicher Bedarf. Auch die positiven Eindrücke sind jedoch differenziert zu sehen: Dass  
8 etwa Ziel 1, die Halbierung der Anzahl in extremer Armut lebender Menschen, erfüllt wurde, ist  
9 ohne Frage ein großer Erfolg – der sich allerdings keineswegs in allen Regionen der Welt  
10 gleichermaßen widerspiegelt. Die „Post-2015-Agenda“ beinhaltet dementsprechend noch viele  
11 zentrale Herausforderungen, die vor dem Ziel einer globalen nachhaltigen Entwicklung  
12 gemeistert werden müssen.

13 Die Verzahnung nationaler Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu einer gemeinsamen  
14 europäischen Linie ist per se ideell sowie strategisch zu begrüßen – aktuell jedoch zeichnet  
15 sich letztere durch eklatante Widersprüche aus, welche die vorhandenen Fortschritte oftmals  
16 völlig konterkarieren. Die folgenden Forderungen können neben anderen dazu beitragen, diese  
17 gegenläufige Wirkung von Maßnahmen aufzulösen und eine bessere EZ, mithin die  
18 Verwirklichung des von der UN postulierten „Lebens in Würde für alle“ zu ermöglichen.

19  
20 **Weg mit Kohärenz um jeden Preis – Entwicklungspolitik muss für sich stehen können!**

21 Mit dem „Europäischen Konsens“ von 2005 wurde das Prinzip der „Policy Coherence for  
22 Development“ institutionalisiert und erweist sich seitdem als prägend für die EZ der EU. Das  
23 Kohärenzkonzept strebt an, die Synergien zwischen verschiedenen Politikfeldern zu nutzen, in  
24 diesem Fall also entwicklungspolitische Überlegungen in andere Bereiche einfließen zu lassen  
25 und Zielkonflikte zu vermeiden. Soweit die lobenswerte Theorie – die Praxis stellt sich jedoch in  
26 aller Regel umgekehrt dar: Entwicklungspolitik wird von übermächtigen Politikfeldern dominiert,  
27 instrumentalisiert und schlimmstenfalls ausgehöhlt. Der Eindruck entsteht, Vergemeinschaftung  
28 solle um ihrer selbst Willen erzwungen werden, anstatt sich an den tatsächlichen politischen  
29 Erfordernissen zu orientieren: Die Interessen der Partnerinnen und Partner bleiben in einem  
30 aufgeblähten EU-internen Abstimmungsprozess schnell auf der Strecke.

31 Deswegen muss die Sozialdemokratie sich dafür einsetzen, dass Entwicklungspolitik sehr wohl  
32 auch für sich stehen kann und zu einem als gleichwertig anerkannten Politikfeld wird. Erst wenn  
33 dies gewährleistet ist, kann ein Streben nach Kohärenz seinen ursprünglichen Zweck erfüllen.  
34 Geschehen kann dies auf Ebene der europäischen Institutionen beispielsweise durch eine  
35 massive Kompetenzaufwertung der für Entwicklungspolitik zuständigen Generaldirektion  
36 DEVCO innerhalb der Kommission oder durch eine verstärkte Einbindung des entsprechenden  
37 Parlamentsausschusses in Entscheidungsprozesse. Weiterhin ist eine umfassende Reflektion  
38 und in Teilen Neudefinition des eigenen Selbstverständnisses unabdingbar. Wo Freihandel zur  
39 Notwendigkeit erklärt wird, wo wirtschaftliche gegen politische oder gesellschaftliche Interessen



40 ausgespielt und ihnen gegenüber priorisiert werden, wird es – egal, wie die formalen Prozesse  
41 ausgestaltet sind – keine Entwicklungspolitik geben, die diesen Namen verdient.  
42 Dies gilt, in unterschiedlichem Maße, ebenso in den verschiedenen nationalen politischen  
43 Systemen. In Deutschland bedeutet dies eine Stärkung und eine noch praktischere Ausrichtung  
44 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Seine  
45 Verknüpfung mit den Durchführungsorganisationen muss weiter vorangetrieben, gleichzeitig  
46 muss es noch eigenständiger in Abgrenzung etwa zum Auswärtigen Amt oder zum  
47 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie agieren können. In einer Koalition, in der das  
48 BMZ zum „Außenministerium der CSU“ (Horst Seehofer) erklärt wird, ist der Einsatz der SPD  
49 an dieser Stelle besonders gefragt – und der Nachholbedarf groß.

50 Wir fordern:

- 51 • Umdenken! Gute Entwicklungspolitik beginnt in den (sozialdemokratischen) Köpfen,  
52 die einseitige Freihandelsdoktrin ist hinter umfassendere Ansätze zurückzustellen.
  - 53 • Entwicklungspolitik institutionell stärken! DG DEVCO und das Europäische Parlament  
54 müssen aufgewertet, auf nationaler Ebene parallel gehandelt werden.
- 55

### 56 **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stoppen bzw. rückgängig machen – die** 57 **Vernichtung von Entwicklungschancen darf nicht in Kauf genommen werden!**

58 Der rücksichtslose Export europäischer Standards zulasten von Entwicklungsländern durch die  
59 so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, kurz  
60 EPAs) darf nicht weiter unkommentiert bleiben, sondern ein radikaler Kurswechsel ist geboten:  
61 Die unter großem Druck seitens der EU zustande gekommenen EPAs oder Interims-EPAs  
62 müssen mit sofortiger Wirkung ausgesetzt und unter völlig neuen Strukturen auf tatsächlicher  
63 Augenhöhe neuverhandelt werden! Dafür muss zunächst die unsinnige regionale Zersplitterung  
64 des Verhandlungspartners – der AKP-Gruppe (afrikanische, karibische und pazifische Staaten)  
65 – aufgehoben werden. Nicht nur wurde dadurch die andere Partei massiv geschwächt, sondern  
66 auch bestehende Integrationsprozesse unterlaufen.

67 Es handelt sich deshalb bei den EPAs nicht um Partnerschaftsabkommen unter EZ-  
68 Gesichtspunkten, sondern um neoliberale Freihandelsabkommen mit schwerwiegenden Folgen  
69 für fast alle Politikbereiche in den Partner\*innenländern. Mag das bisherige Präferenzsystem  
70 auch diverse Nebenwirkungen hervorgebracht haben, gefährdet eine zu plötzliche vollständige  
71 „Normalisierung“ die Ökonomie und Entwicklung der Partner\*innen. Deshalb muss die EU den  
72 AKP-Staaten weiterhin individuelle Handelsprivilegien einräumen. Eine Marktöffnung kann nur  
73 schrittweise und unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen. „Gute“ EPAs müssen strukturelle  
74 Probleme wie z.B. Rohstoffabhängigkeit adressieren, statt europäische Investor\*innen zu  
75 schützen und staatliche Regulierungsmöglichkeiten zu unterwandern.

76 „Sozialdemokrat\*innen“, die bei TTIP & Co. – wo eigene Standards potentiell gefährdet werden  
77 – in den Widerstand einstimmen, das egoistische Ausspielen der europäischen Machtposition  
78 gegenüber Entwicklungsländern aber kommentarlos hinnehmen, haben ihren Namen nicht  
79 verdient. Da die SPD, die SPE und andere politische Player\*innen diese Veränderungen nicht  
80 im Alleingang bewerkstelligen können, ist es ihre Aufgabe, die Bürger\*innen für diese Thematik  
81 zu sensibilisieren und sie auf die drastischen Konsequenzen gegenwärtiger Politik aufmerksam  
82 zu machen – damit ein breites gesellschaftliches Bündnis unsere Position stützen kann.

83 Wir fordern:

- 84 • EPAs sofort stoppen! Faire Neuverhandlungen müssen mit der AKP-Gruppe als  
85 Ganzes geführt, aber individuelle Bedarfe aller Partner\*innen berücksichtigt werden.
  - 86 • Kein bedingungsloser Freihandel! Institutionelle Kompetenzverlagerungen müssen  
87 revidiert, für den ideologischen Kurswechsel breite Öffentlichkeit hergestellt werden.
- 88

### 89 **Koloniale Abhängigkeitsstrukturen final durchbrechen – den globalen Ansatz forcieren!**

90 Auch ein halbes Jahrhundert nachdem die meisten Kolonien ihre formale Unabhängigkeit  
91 erlangten, besteht eine Vielzahl von Beziehungsmustern kolonialer Herrschaft fort. Diese  
92 aufzubrechen, bleibt als große Aufgabe der Post-2015-Entwicklungspolitik bestehen. Das  
93 koloniale Stigma haftet primär einzelnen Mitgliedstaaten an, die Abhängigkeitsstrukturen in  
94 deren Beziehungen zu ihren Partner\*innenländern sind gravierend - und eine weitere  
95 Vergemeinschaftung des Politikfeldes deshalb grundsätzlich zu begrüßen.

96 Tatsächlich konzentriert sich die EU weniger auf die so genannten aid darlings, also Staaten,  
97 die sich großer Beliebtheit bei den Geber\*innen erfreuen – sondern vertritt stattdessen einen  
98 globaleren Ansatz, der auch sonst meist vernachlässigte sowie fragile Staaten einschließt.  
99 Dieser Weg ist weiter zu forcieren, um nicht bestimmte Regionen von der unter dem Strich  
100 positiven Bilanz hinsichtlich der MDG-Erreichung auszuschließen. Gerade fragile Staaten sind  
101 noch stärker in den Fokus zu nehmen, da die Bevölkerung dort in besonderem Maße auf  
102 internationale Unterstützung angewiesen ist. Der mit einer solchen Situation verbundene  
103 institutionelle und finanzielle Mehraufwand für EZ darf weder auf nationaler noch auf  
104 europäischer Ebene ein Hindernis darstellen. In einigen Sektoren wie der humanitären Hilfe hat  
105 die EU zudem originäre Kompetenzen erlangt, dank derer sie dort als effektivere Geberin im  
106 Vergleich zu den Nationalstaaten betrachtet wird. Diese komparativen Vorteile sind auf weitere  
107 Teilfelder auszubauen und EZ untereinander besser zu koordinieren.  
108 Parallel zu diesem weiteren Kompetenztransfer auf die EU-Ebene, muss diese gleichwohl  
109 eigene neokolonialistische Tendenzen reduzieren. Mit strikten Kriterienkatalogen impliziert auch  
110 die EU als Geberin, am besten zu wissen, wie Hilfe eingesetzt werden sollte und was für die  
111 Partner\*innenländer erstrebenswert ist. Dies ist gerade in der Zusammenarbeit mit Staaten, die  
112 über eine ansatzweise demokratisch legitimierte Regierung verfügen, falsch und solche  
113 Regularien entsprechend durch einen vertieften Dialogprozess zu ersetzen. Der Missbrauch  
114 von EZ-Strukturen zur Einmischung in Interna der Partner\*innen ist immer zu unterlassen.  
115 Wir fordern:

- 116 • Europa statt Nationalstaaten! Trotz aller Kritik: Koloniale Abhängigkeitsstrukturen  
117 können nur durch gemeinsame europäische Entwicklungspolitik durchbrochen werden.
- 118 • Finger weg von Einmischung! Zielführende EZ-Verhandlungen aus Partner\*innensicht  
119 müssen Bevormundung und Egoismus seitens EU oder Nationalstaaten ersetzen.

### 121 **Outputorientierter arbeiten: Die Kriterien sind da – evaluiert sie richtig!**

122 Ergänzend ist festzuhalten, dass es an Kriterien und Zielmarken für „gute“ Entwicklungspolitik  
123 nicht mangelt – ergebnisorientiert wie die MDGs, oder prozessorientiert wie die Grundsätze der  
124 Paris Declaration, welche sich auf die Abstimmung zwischen Geber\*innen und Partner\*innen  
125 unter Berücksichtigung von deren Interessen konzentrieren. Auch die EU hat sich längst  
126 konkreten gemeinsamen Werten und Zielen verschrieben. Fast alle EZ betreibenden  
127 Institutionen benennen konkrete Ziele für jedes einzelne Projekt. Wegweisend für den Erfolg  
128 zukünftiger Maßnahmen wird es deshalb sein, das Netzwerk der Evaluation weiter auszubauen  
129 und die großen Prinzipien wie eben diejenigen der Paris Declaration nicht als wünschenswerten  
130 Idealzustand vor sich herzutragen, sondern die praktische EZ permanent daran zu messen und  
131 nötigenfalls in Absprache neu auszurichten. Entwicklungspolitik ist nie eine Einbahnstraße.

132  
133  
134 Das Fazit ist eindeutig: Eine EU, die Entwicklungspolitik instrumentalisiert oder „mächtigeren“  
135 Interessen unterordnet, macht nichts besser. Gleichwohl hat nur Europa als Ganzes die  
136 Kapazitäten, um Entwicklungspolitik gemeinsam besser zu machen als die Summe seiner  
137 Mitgliedstaaten es schafft – und um wirklich globale Effekte zu erzielen. Das geht aber nur mit  
138 einer klaren Abkehr vom aktuell grassierenden blinden Vertrauen in den Freihandel. An der  
139 Spitze dieser Reformen hat die Sozialdemokratie zu stehen: SPD, SPE, bewegt euch endlich!

### 143 **Begründung:**

144 Erfolgt mündlich.

- 147  angenommen
- 148  abgelehnt
- 149  überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: EI 3

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Keine Aufwertung von Sportveranstaltungen in undemokratischen Ländern durch Besuch politischer Repräsentant\*innen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Es sollte für alle Politiker eine Richtlinie werden nicht zu Sportereignissen zu fahren, die in  
4 Ländern stattfinden in denen Demokratie und Meinungsfreiheit keinen Platz haben.

5

6 **Begründung:**

7 Diese Turniere sind eine Katastrophe. Weder hätte jemals eine WM nach Katar oder nach  
8 Russland vergeben werden dürfen. Sie sind eine mögliche Zurschaustellung eigener Macht und  
9 können von eigenen Medien ausgenutzt werden. Jetzt hat es die Fifa weder mit Demokratie  
10 noch mit Ehrlichkeit und sie vergibt gegen ein entsprechendes Entgelt solche Turniere auch an  
11 Staaten, welche die selben Werte verkörpern. Wobei man bei Katar auch die Unterstützung von  
12 Terroristen auf die Liste setzen kann. Das an sich ist schon schlimm genug, aber jetzt noch eine  
13 offizielle Delegation hinschicken, wäre eine weitere Aufwertung des Regimes und sollte  
14 unterbleiben.

15

- 16  angenommen  
17  abgelehnt  
18  überwiesen an

19

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: EI 4

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, MdEP Martina Werner

Betr.: Mare Nostrum fortsetzen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die SPD fordert auf allen zu Verfügung stehenden Ebenen, die 2014 beendete ital.  
4 Seenotrettungsoperation "Mare Nostrum" im Mittelmeerraum mit sofortiger Wirkung  
5 wiederaufzunehmen. Hierfür wirkt sie darauf hin, dass das europäische Parlament alle  
6 notwendigen Maßnahmen erlässt, um die bisher unsolidarische an Italien haftenden Kosten auf  
7 die EU und die Gesamtheit ihrer Mitgliedsstaaten umzuverteilen und die Mittel aufzustocken.  
8 Die als Nachfolgerin installierte Frontex-Operation „Triton“ mit ihrem starken Fokus auf  
9 Grenzkontrollen ist dann überflüssig und somit zu beenden.

10  
11 **Begründung:**  
12 Die Mission Mare Nostrum hat auf dem ganzen Mittelmeer nach Flüchtlingen gesucht und diese  
13 falls nötig gerettet. Die aktuelle Mission sieht vor nur noch die Küste zu überwachen. Dies ist  
14 unverantwortlich und mit den Menschenrechten nicht zu vereinbaren. Auch nach unseren  
15 westlichen Werten ist das nicht zu vertreten.

- 16  
17  angenommen  
18  abgelehnt  
19  überwiesen an

20

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: EI 6

Antragsteller: Unterbezirk Fulda

Adressat: Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Schluss mit der Ignoranz: SPD gegen Wirtschaftspartnerabkommen (EPAs)

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die Thematik von Freihandelsabkommen der EU mit Partner\*innen „auf Augenhöhe“ – TTIP,  
4 CETA, TISA – wird in der Gesellschaft wie auch in der SPD umfassend ausgeleuchtet und  
5 kontrovers diskutiert. Die Ängste, dass europäische bzw. deutsche Standards aufgeweicht  
6 werden, sind weit verbreitet und viele Kritikpunkte stoßen auf energischen Widerstand. Ohne all  
7 das an dieser Stelle bewerten zu wollen, ist es erschreckend, dass der gleichzeitige massive  
8 Export europäischer Standards zulasten von Entwicklungsländern durch die so genannten  
9 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreements*, kurz EPAs) weithin  
10 unkommentiert bleibt. Will die SPD eine sozialdemokratische Außen(handels)- und  
11 Entwicklungspolitik für sich beanspruchen, muss sie dieser Ignoranz ein unverzügliches Ende  
12 setzen und sich klar positionieren:

13  
14 Die unter großem Druck seitens der EU zustande gekommenen EPAs oder Interims-EPAs  
15 müssen mit sofortiger Wirkung ausgesetzt und unter völlig neuen Strukturen auf tatsächlicher  
16 Augenhöhe neuverhandelt werden!

17  
18 Neben weiteren sind hierzu folgende Schritte unbedingt notwendig:

- 19 • Das Verhandlungsmandat innerhalb der EU-Kommission muss von der für Handel  
20 zuständigen Generaldirektion TRADE auf die für Entwicklungsfragen verantwortliche  
21 Generaldirektion DEVCO übergehen. Zudem ist das Europäische Parlament viel stärker  
22 als bisher in den Verhandlungsprozess einzubeziehen.
- 23 • Die bisherige Verteilung der Zuständigkeiten spiegelt ein blindes Vertrauen in die  
24 ausschließlich positive Wirkung von Freihandel auf Entwicklung wider. Kein empirischer  
25 Befund hält dieser einseitigen Wahrnehmung stand und es ist Aufgabe der  
26 Sozialdemokratie, in der EU ideologisch gegenzusteuern.
- 27 • Die völlig unsinnige und von der EU erdachte regionale Zersplitterung des  
28 Verhandlungspartners – der AKP-Gruppe (afrikanische, karibische und pazifische  
29 Staaten) – muss aufgehoben werden. Nicht nur wurde dadurch die andere Partei  
30 massiv geschwächt, sondern auch bestehende regionale Integrationsprozesse  
31 unterlaufen.
- 32 • Die EU muss den AKP-Staaten weiterhin individuell festzulegende Handelsprivilegien  
33 einräumen. Mag auch das bisherige Präferenzsystem diverse Nebenwirkungen  
34 hervorgebracht haben, überfordert eine zu plötzliche vollständige „Normalisierung“ die  
35 Ökonomie und damit die Entwicklung der Partner\*innen.
- 36 • Die Marktöffnung der Entwicklungsländer kann nur schrittweise und auf Grundlage  
37 bestimmter Voraussetzungen erfolgen. „Gute“ EPAs müssen ihre strukturellen  
38 Probleme wie z.B. Rohstoffabhängigkeit adressieren, statt ausschließlich Investoren zu  
39 schützen und staatliche Regulierungsmöglichkeiten zu unterwandern.

- 40 • Eine kritische Bewertung der Umsetzung des Kohärenzstrebens zwischen Politikfeldern  
41 ist notwendig. Dass durch die EPAs primär wirtschaftliche Ziele der EU verfolgt werden  
42 und Entwicklungspolitik untergeordnet wird, ist eine Perversion des ursprünglichen  
43 Konzepts, die bisher aber weithin unwidersprochen bleibt.

44  
45

46 **Begründung:**

47 Die EU gewährte den AKP-Staaten über Jahrzehnte besondere Marktzugangspräferenzen,  
48 welche die Welthandelsorganisation (WTO) schließlich als inkompatibel mit ihren  
49 Rechtsvorschriften bewertete. Die dadurch notwendigen Verhandlungen nutzte die EU zur  
50 Durchsetzung einer radikalen Freihandelspolitik und forderte von den Partner\*innen, die von  
51 Exporten in die EU wirtschaftlich abhängig sind, eine schnelle und umfassende Marktöffnung.

52

53 Trotz der offensichtlichen Probleme und damit verbundenen massiven Verzögerungen in  
54 diesem Prozess, rückte die EU von ihren Forderungen kaum ab, sondern baute Drohkulissen  
55 auf: Die Aussicht, sämtliche Präferenzen sofort zu verlieren, stellte für viele der beteiligten  
56 Regionen bzw. Staaten einen absoluten Zwang dar, (Interims-)Abkommen zuzustimmen und  
57 einschneidende Liberalisierungsprozesse ohne die vorherige Schaffung wichtiger  
58 Rahmenbedingungen vorzunehmen.

59

60 Die tatsächlichen strukturellen Probleme der Entwicklungsländer bleiben entweder  
61 unangetastet oder werden sogar noch verstärkt – so zum Beispiel ihre Rohstoffabhängigkeit,  
62 da sie durch den Wegfall von Industrieschutzinstrumenten wieder verstärkt auf den Export  
63 unverarbeiteter Produkte reduziert werden. Die Überschwemmung der Märkte mit hoch  
64 subventionierten EU-Agrarprodukten ist ein weiterer Effekt mit verheerenden Implikationen vor  
65 Ort. Hinzu kommt die weit über WTO-Erfordernisse hinausgehende erzwungene Öffnung von  
66 Dienstleistungsmärkten, die eine Abschöpfung profitabler Marktbereiche durch internationale  
67 Investoren ermöglicht. Staatliche Regulierungsmöglichkeiten und dadurch letztlich die  
68 Souveränität der AKP-Gruppe werden aushöhlt.

69

70 Was an TTIP, CETA und Co. fleißig kritisiert wird, nämlich der schwerpunktmäßige Schutz von  
71 Investoren, findet hier also noch stärker Ausprägung, freilich ohne auch nur im Ansatz  
72 öffentliche Reaktionen zu erzeugen. Die sehr einseitige Durchsetzung von Standards hat in den  
73 Entwicklungsländern schwerwiegende Folgen für fast alle Politikbereiche. Es handelt sich  
74 deshalb bei den EPAs in ihrer aktuellen Form keineswegs um Partnerschaftsabkommen unter  
75 Gesichtspunkten der Entwicklungszusammenarbeit, sondern um weitreichende neoliberale  
76 Freihandelsabkommen, von denen primär europäische Exporteure profitieren werden.

77

78 Ein kompletter Reset der Verhandlungen und ein Neuanfang unter grundlegend veränderten  
79 Voraussetzungen sind dringend geboten. In Verhandlungen mit den „Starken“ klare Kante zu  
80 zeigen, um Standards zu kämpfen und Augenhöhe einzufordern, während die Bedürfnisse der  
81 vermeintlich Schwächeren ignoriert werden und die eigene Position zur egoistischen  
82 Durchsetzung eigener Interessen und Vorteile zu nutzen, ist üble Heuchelei. Es sollte für die  
83 deutsche und die europäische Sozialdemokratie eine Selbstverständlichkeit sein, hier ihre  
84 Stimme zu erheben.

85

86

87

- 88  angenommen  
89  abgelehnt  
90  überwiesen an

91

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

<u>Antrag:</u>	I 1
<u>Antragsteller:</u>	Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksparteitag, Parteivorstand
<u>Betr.:</u>	Unser gemeinsames Ziel: Generationengerechtigkeit

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 **Unser gemeinsames Ziel: Generationengerechtigkeit**

4 **Gemeinsames Thesenpapier der AG 60+ und Jusos Hessen-Nord für eine gerechte**

5 **Politik zwischen den Generationen**

6 Ziel der Sozialdemokratie ist eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Eigentum zwischen  
7 den Menschen, somit auch zwischen den Generationen. Unser Ziel ist eine Politik, in der  
8 Generationen nicht gegeneinander einander ausgespielt werden, sondern miteinander die  
9 Zukunft gestalten.

10 Die AG60+ sowie die JungsozialistInnen haben auf dieser Idee aufbauend im SPD-Bezirk  
11 Hessen-Nord eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich anhand einiger  
12 Themenbereiche mit einer generationsgerechten Politik auseinandergesetzt hat. Daraus sind  
13 folgende Thesen entstanden

14

15 **Arbeit**

- 16 • Computer und andere technische Hilfsmittel ersetzen perspektivisch Arbeitsplätze und  
17 fördern damit einen sinkenden Bedarf menschlicher Arbeitskraft. Die Digitalisierung  
18 kann nicht gestoppt werden und ist nicht nur Bedrohung sondern muss auch als Chance  
19 gesehen werden. Dazu muss geklärt werden, wie man mit der frei werdenden  
20 Arbeitskapazität umgeht. Ein großer Teil der heute erbrachten Arbeit wird unentgeltlich  
21 geleistet. Diese wird auch in Zukunft benötigt und muss entsprechend entlohnt werden.  
22 Darüber hinaus sind die Rahmen für ehrenamtliche Arbeiten zu verbessern.
- 23 • Wir wollen, dass Lebensarbeitszeitkonten grundsätzlich eingeführt werden und die  
24 Lebensarbeitsdauer insgesamt verringert wird.
- 25 • Die Arbeit soll angemessen auf die vorhandenen Erwerbstätigen aufgeteilt werden, um  
26 alle Erwerbstätigen in Vollzeit oder, wenn von ihnen gewünscht, in Teilzeit zu bringen.
- 27 • Betriebliche Altersversorgung muss für alle ArbeitnehmerInnen durch der/die  
28 ArbeitgeberIn finanziert werden.

- 29 • Von den Gewinnen der Unternehmen müssen auch deren ArbeitnehmerInnen anteilig  
30 partizipieren (Arbeitnehmer/innen am Gewinn beteiligen). Die alten Forderungen nach  
31 Maschinensteuern und Vergesellschaftung vor allem in Bereichen der Daseinsfürsorge  
32 und der Militärtechnologien sind grundlegend neu zu diskutieren.
- 33 • Die Umsetzung der Reichen- und Vermögenssteuer muss wieder Ziel der SPD sein.
- 34 • Praktika sind grundlegend zu vergüten. Kein Praktikum darf länger als drei Monate  
35 dauern, soweit dies die dafür zuständige Ausbildungsordnung nicht anderes fordert, und  
36 Kettenverträge sind auszuschließen.
- 37 • Das System des Minijobs ist abzulehnen. Jede Arbeitsstunde muss  
38 sozialversicherungspflichtig abgesichert sein.
- 39 • Das System der Zeitarbeit muss streng reguliert werden. Es muss sichergestellt werden,  
40 dass die Zeit- und Leiharbeiter mindestens dieselben Leistungen wie die  
41 Stammbesellschaft bekommen.
- 42 • Die sachgrundlose Befristung ist abzuschaffen. Der Missbrauch von begründeten  
43 Befristungen ist zu unterbinden.
- 44 • Angemessener Mindestlohn für alle, ohne Ausnahme! Jede/r ArbeitnehmerIn soll von  
45 seiner/ihrer Arbeit leben können.

#### 46 **Sozialversicherungssysteme**

- 47 • Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder zu einer lebensstandardsichernden  
48 Altersversorgung werden. Dies ist durch eine angemessene Beitragsleistung im  
49 Rahmen der Produktivitätssteigerung machbar. Darüber müssen alle Arten von  
50 Einnahmen (Mieten usw.) bei der Beitragsberechnung mit eingerechnet werden.
- 51 • Eine nicht abnehmende Bevölkerungszahl, sondern die zu geringe Anzahl angemessen  
52 bezahlter Vollzeitarbeitsplätze stellt das Hauptproblem der gesetzlichen  
53 Rentenversicherung dar.
- 54 • Die staatliche geförderte zusätzliche private Altersversorgung muss unter dem Dach der  
55 gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen.
- 56 • Alle abhängigen Beschäftigten (auch BeamtInnen) und kleine Selbstständige müssen in  
57 die Kranken- und gesetzliche Rentenversicherung (BürgerInnenversicherung).  
58 Für ein funktionierendes Sozialversicherungssystem wollen wir die  
59 Beitragsbemessungsgrenze anheben.
- 60 • Die Kranken- und Pflegeversicherung muss wieder paritätisch zwischen Arbeitgeber und  
61 Arbeitnehmer finanziert werden.
- 62 • Die Berechnungsformel zur Berechnung der Rente soll sich nicht mehr durch die später  
63 eingeführten Reduktionsfaktoren verschlechtern können. Diese müssen schnellstens  
64 entfallen, damit wieder eine Lebensstandardsichere Rente erreicht wird.

#### 65 **Steuersysteme**



- 66 • Die Umsetzung der Reichen- und Vermögenssteuer muss wieder Ziel der SPD sein.  
67 • Die Erbschaftssteuer muss so umgesetzt werden das sie wirkungsvoll ist  
68 • Das Steuersystem muss vereinfacht werden und dabei verstärkt Gerechtigkeitslücken  
69 schließen.

## 70 Bildung

- 71 • Frühkindliche Bildung: kostenfreie Kindergärten für alle Leben von Inklusion,  
72 Abschaffung der „Herdprämie“  
73 • Schulische Bildung: eine inklusive ganztägige Gemeinschaftsschule, bundeseinheitliche  
74 Bildungsstandards, Abschaffen des Kooperationsverbotes, informelles Lernen  
75 anerkennen, Lernmittelfreiheit, Schule soll soziale Kompetenzen, Demokratie und  
76 Mündigkeit vermitteln. Es muss mehr praxisbezogenen Unterricht zur Unterstützung der  
77 SchülerInnen bei deren Berufsorientierung geben.  
78 • Die Aufwertung der beruflichen Bildung soll durch eine einheitliche Mindestvergütung,  
79 bessere Abschlüsse, berufliche Perspektiven und die Abschaffung von Schulgeldern  
80 erfolgen.  
81 • Hochschule: Bafög als Vollzuschuss, mehr gesellschaftlichen Praxisbezug, offener  
82 Zugang, soziale Infrastrukturen ausbauen, wie Wohnheime, Mensen usw..  
83 • Private Weiterbildungseinrichtungen sind einer laufenden staatlichen Qualitätskontrolle  
84 zu unterziehen, mehr Anreize für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen,  
85 lebenslanges und nachberufliches Lernen stärken, Abendgymnasien und Hessen-Kolleg  
86 fördern

## 87 Pflege und Gesundheit

- 88 • Wir wollen eine selbstbestimmte menschenwürdige Gesundheitsversorgung und Pflege  
89 als Vollversorgung, einen angemessenen Personalschlüssel sowie eine kontrollierbare  
90 eigene Bewirtschaftung des Pflegebudgets.  
91 • Die Arbeit des Personals soll durch ein besseres Entgelt, mehr Aufstiegsmöglichkeiten  
92 sowie Entlastung von übermäßiger Dokumentationsarbeit anerkannt bzw. gewürdigt  
93 werden.  
94 • Das Abrechnungssystem bzw. die Fallpauschale haben sich nicht bewährt und muss  
95 entsprechend verändert werden.  
96 • Es soll geprüft werden, ob die Ärztekammern noch notwendig bzw. sinnvoll sind oder ob  
97 sie durch eine bzw. mehrere andere Organisationen ersetzt werden sollten  
98 • **Die AG SPD 60 plus und die Jusos Hessen-Nord fordern den Parteivorstand der  
99 SPD auf, im Rahmen einer Arbeitsgruppe ein zukunftsfähiges und  
100 intergenerationenorientiertes Grundsatzprogramm zu erarbeiten, das an dem  
101 nordhessischen Generationenpapier orientiert ist.**

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: I 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Landeskonferenz, SPD  
Landesparteitag, Bundeskongress, SPD Bundesparteitag

Betr.: Impflpflicht einführen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Alle von der Ständigen Impfkommission (STIKO) am Robert-Koch-Institut empfohlenen  
4 Impfungen (u.A. MMR, Hep A;B,Keuchhusten) sollen mit Ausnahme von vorliegenden  
5 Allergien auch verpflichtend sein.

6  
7 **Begründung:**

8 In Deutschland gehen mal wieder Masern um, und das obwohl sich die Regierung verpflichtet  
9 hat diese bis 2015 auszurotten. Dies konnte nur passieren, weil sich Eltern weigern ihre Kinder  
10 zu impfen. Dafür werden Argumente verwendet wie, Impfen kann Autismus verursachen oder  
11 es gebe starke Nebenwirkungen. Beides ist falsch. Auf über 37 Millionen Impfungen im Jahr  
12 kommen nicht einmal 1000 Fälle von Nebenwirkungen. Das ist weniger als 0,0005 Prozent.

13 Auch das mit dem Autismus ist Unsinn. Die Studie die dort angegeben wurde ist als gefälscht  
14 zurückgezogen worden. Es hat noch nie einen Fall gegeben in dem Impfen Autismus  
15 verursacht hat.

16 Impfen ist eine sehr sichere Methode seine eigenen Kinder gegen potentiell tödliche  
17 Krankheiten zu schützen. Und nicht nur das, auch fremde Kinder werden geschützt. Die  
18 Ausfallquote beim Impfen ist 3 Prozent. Das heißt ,dass unter 100 Kindern 3 nicht geschützt  
19 sind. Sollten alle anderen Kinder geimpft sein, ist aber die Wahrscheinlichkeit dass sich die  
20 ungeschützten Kinder anstecken sehr gering. Es geht also nicht nur um die Sicherheit der  
21 eigenen Kinder, sondern auch um alle anderen. Hierbei muss der Staat eingreifen um die  
22 Kinder zu schützen die nicht geschützt sind.

23 Sollte ein Kind allergisch auf den Impfstoff sein entfällt natürlich eine Impfung.

- 24
- 25  angenommen
- 26  abgelehnt
- 27  überwiesen an

28

<u>Antrag:</u>	I 3
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Fulda
<u>Adressat:</u>	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
<u>Betreff:</u>	Menschenwürdige Mindeststandards für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Es existieren keine gesetzlichen Mindeststandards in Deutschland zur Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften. Dies führt öfters zu menschenunwürdigen Unterbringungen, insbesondere, wenn wie derzeit, eine große Anzahl an Flüchtlingen nach Deutschland kommt, die zeitnah untergebracht werden müssen.

§ 3 Landesaufnahmegesetz verpflichtet die Landkreise und Gemeinden Unterkünfte bereit zu stellen, „die einen menschenwürdigen Aufenthalt ohne gesundheitliche Beeinträchtigung gewährleisten“. Dazu fordern wir (orientiert an den Mindeststandards für Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge von der „Liga der freien Wohlfahrtspflege“):

### **Menschenwürdige Standards**

1. In Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (GU) muss zeitlich auf ein Jahr befristet werden.
2. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen in geeigneten Einrichtungen der Jugendhilfe betreut werden, nicht in GUs.
3. Die Versorgung besonders schutzbedürftiger Personen muss in Form einer eigenen Wohnung und nicht durch Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erfolgen. Auch bei dezentraler Unterbringung muss eine ausreichende Begleitung und Unterstützung durch Sozialarbeiter gerade dieses Personenkreises gewährleistet sein.
4. Alle äußeren Umstände müssen so angelegt sein, dass die Menschen in die Lage versetzt werden, ihr Leben so weit wie möglich eigenverantwortlich zu gestalten.
5. Die Gemeinschaftsunterkünfte dürfen keine Fremdkörper im Gemeinwesen sein. Massenquartiere mit Lagercharakter, wohnortfernte Unterkünfte in Industriegebieten oder in abgelegener Natur provozieren Ignoranz, Distanzierung und Ablehnung durch die heimische Bevölkerung.

### **Mindestanforderungen**

#### **Lage und Größe**

1. Gemeinschaftsunterkünfte müssen in Nähe zu einem Wohngebiet mit ausreichender Infrastruktur gelegen sein. Dies bedeutet, dass Apotheken, Ärzte, Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs, Schulen und Kindergärten fußläufig (bis zu max. 2 km Entfernung) erreichbar sein sollten.
2. In Gemeinschaftsunterkünften sollen nicht mehr als 50 Personen untergebracht werden.

## **Bauliche Ausführung**

1. Die Unterbringung erfolgt nur in solchen Gebäuden, die zur dauerhaften Wohnraumnutzung bestimmt und geeignet sind. Die Gebäude müssen den baulichen, gesundheitsrechtlichen und brandschutztechnischen Vorschriften des Landes Hessen entsprechen.
2. Die Sicherheit der Bewohner vor Übergriffen muss durch geeignete Maßnahmen jederzeit gewährleistet sein. Über die o.g. Bestimmungen hinaus sind folgende sicherheitstechnische Schutzmaßnahmen gegen Übergriffe von außen sicherzustellen:
  - Außentüren sind gesondert zu sichern (Sicherheitsschlösser, Verstärkung d. Türblattes, Mehrpunktverriegelung, Schließbleche mit Maueranker usw.). Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass nachts alle Außentüren geschlossen, die Notausgänge von innen aber zu öffnen sind.
  - Alle im Parterre und in der ersten Etage liegenden Fenster sind mit einbruchshemmendem Sicherheitsglas oder Splitterschutzfolie auszustatten. Im Parterre sind diese mit Aluminium verstärkten Rollläden zu versehen, die gegen Hochschieben von außen zu sichern sind.
  - Es müssen zwei von außen anrufbare zugängliche Fernsprecher zur Verfügung stehen, die mit einer Notruffunktion versehen sind.

## **Wohnräume**

1. Für jede Person stehen mind. 9 qm Wohnfläche sowie für jedes Kind bis zu sechs Jahren mind. 6 qm Wohnfläche zur Verfügung. Bei der Berechnung der Wohnfläche bleiben Neben- und sonstige Flächen (z.B. Flure, Toiletten, Küchen, Gemeinschafts- und Funktionsräume) unberücksichtigt.
2. Familien mit Kindern, Ehepaare und Lebenspartner haben einen Anspruch auf gemeinsame Unterbringung. Die Unterbringung sollte nach Möglichkeit in getrennten Wohneinheiten erfolgen, die mit eigenen Sanitäreinrichtungen und Küche ausgestattet sind.
3. Bei der Unterbringung von Einzelpersonen gilt als Obergrenze eine Belegung von zwei Personen pro Zimmer.
4. Alleinstehende Männer und Frauen sind grundsätzlich getrennt unterzubringen, es sei denn die betroffenen Personen wünschen ausdrücklich etwas anderes.
5. Bei der Belegung der Unterkünfte ist nach Möglichkeit auf Herkunft, individuelle Lebenslage, Religionszugehörigkeit etc. Rücksicht zu nehmen.
6. Der besonderen Schutzbedürftigkeit von Personen wie Minderjährigen, Behinderten, älteren Menschen, Schwangeren, Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern und Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlebt haben, ist Rechnung zu tragen.
7. Pro Person ist bereitzustellen:
  - 1 Bettgestell (mind. 80 cm x 200 cm) mit entsprechender Matratze sowie Kopfkissen und Bettdecke mit zwei Garnituren an Bettwäsche
  - 1 abschließbarer Schrank oder Schrankteil mit ausreichend Raum für Bekleidung und persönliche Gegenstände
  - 1 Stuhl
  - 1 Tischplatz mit ausreichend Raum für flexible Nutzung
  - Aufbewahrungsmöglichkeiten für Geschirr, Lebensmittel und Reinigungsmittel

## 8. Pro Wohneinheit:

- 1 Kühlschrank
- 1 Radiogerät
- 1 Fernsehantennen-/Kabelanschluss

## **Gemeinschaftsräume**

### **Aufenthaltsräume**

1. In den Gemeinschaftsunterkünften müssen je nach Größe Räume zur allgemeinen Nutzung in ausreichender Größe vorhanden sein. Ein Raum muss zur Durchführung einer Bewohnerversammlung geeignet sein. (1 Fernseher pro Gemeinschaftsraum)
2. Es sollte nach Möglichkeit und in Abhängigkeit von der Größe der Unterkunft und der Belegungsdichte ein separater Raum als Raum der Stille vorhanden sein, der die Möglichkeit zum Rückzug und auch zur Religionsausübung bietet.

### **Sanitäranlagen**

1. Max. 5 Personen pro Sanitäranlage, geschlechtergetrennt. Zur Sanitäranlage gehört jeweils:
  - 1 Dusche (als Einzelkabine mit Entkleidungsbereich)
  - 1 Toilette
  - 1 WaschbeckenDiese sind mit ganztägiger Kalt- und Warmwasserversorgung vorzuhalten.

### **Küche**

1. Für jeweils fünf Bewohner ist ein Herd mit vier Kochstellen und einer Backröhre vorzuhalten.
2. Nach Möglichkeit sollte ein Kühlschrank auf dem Zimmer vorhanden sein, ansonsten sind abschließbare, abgetrennte Kühlfächer in ausreichender Zahl für alle Bewohner in der Küche zu installieren.
3. In einer Küche sollte zudem vorhanden sein:
  - Eine Abwascheinrichtung mit ganztägiger Kalt- und Warmwasservorrichtung - Arbeitsplatten zur Speisezubereitung in angemessener Zahl
  - abschließbare Funktionsschränke für private Küchenutensilien (falls in Privatzimmern nicht vorhanden)
  - Ein Grundbestand an Küchenutensilien zur leihweisen Vergabe an die Bewohner im Bedarfsfall

### **Funktionsräume**

1. Pro 8 Bewohner ist eine Waschmaschine bereitzustellen (Instandhaltung gewährleistet)
2. Ausreichend Trockenräume und Trockner müssen vorhanden sein.
3. Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder müssen vorhanden sein.

## **Einrichtungen für Kinder**

1. Sind regelmäßig Kinder in der Unterkunft untergebracht, so ist ein Kinderspielzimmer unter Berücksichtigung pädagogischer Maßstäbe einzurichten.
2. Auf eine kindersichere Ausstattung der Einrichtung ist besonders zu achten.

## **Sonstiges**

1. Soweit es die Außentemperaturen erfordern, mindestens aber in der Zeit vom 1.10. bis 30.4. (Heizperiode) und wenn außerhalb der Heizperiode an drei aufeinander folgenden Tagen die Temperatur um 21.00 Uhr 12 C° oder weniger beträgt, muss für ausreichend Beheizung (21 C°) gesorgt werden.
2. Es muss mindestens ein Fernsprechapparat, der anrufbar ist, vorhanden sein, der Notruf muss kostenfrei möglich sein.
3. Der Betreiber der Unterkunft hat eine regelmäßige Reinigung der Verkehrsflächen (Flur, Treppe, Küche, Aufenthaltsräume, Sanitäranlagen) zu gewährleisten.

## **Betreuung und soziale Arbeit**

1. Der Betreiber hält das erforderliche Personal für Reinigungs-, Instandhaltungs- bzw. Instandsetzungsarbeiten sowie ggf. für Wachschatz vor und ist für den ordnungsgemäßen Betrieb der Gemeinschaftsunterkunft verantwortlich.
2. Das Personal muss – unabhängig davon, in welchem Bereich es eingesetzt wird – ausreichend für die Arbeit mit Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten geschult und interkulturell kompetent sein.
3. Für die Sozialarbeit ist für bis zu 80 Wohnheimplätze ein/e vollzeitbeschäftigte/r Sozialarbeiter/in oder Person mit vergleichbarer Ausbildung einzustellen. Bei kleineren Einrichtungen errechnet sich der Personalschlüssel anteilig, jedoch ist mindestens ein/e Sozialarbeiter/in oder Person mit vergleichbarer Ausbildung mit 50 % der jeweils gültigen tariflichen Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft zu beschäftigen. Der/die Sozialarbeiter/in muss in der Lage sein, angemessen auf Personen und ihre Bedürfnisse zu reagieren, die besonders schutzwürdig sind.
4. Für die Sozialarbeit muss ein Büro/Beratungszimmer in ausreichender Größe zur Verfügung stehen. Das Zimmer muss mind. 12 qm groß sein.
5. Darüber hinaus ist externen Fachkräften im Bereich der Flüchtlingsbetreuung (kirchlichen Einrichtungen, NGOs, Rechtsbeiständen, UNHCR, usw.) Zugang zur Einrichtung zum Zwecke der Durchführung von Beratung zu gewähren. Eine unentgeltliche Bereitstellung von Räumlichkeiten zur Wahrnehmung von Beratungs- und Betreuungsaufgaben (z.B. auch für Hausaufgabenhilfe) sollte ebenso gewährleistet sein, wie die Nutzung von Gemeinschaftsräumen durch Selbstorganisationen der Bewohner/innen.

**Begründung: erfolgt mündlich**

## **Initiativantrag I 4**

Antragsteller: UB Kassel-Stadt

### **Abschaffung der Winterzeit – oder Wer hat an der Uhr gedreht?**

Aus gegebenem Anlass und für uns alle vollkommen unerwartet wurde letzte Nacht die Winterzeit für beendet erklärt und der Allgemeinheit somit eine volle Stunde gestohlen!

Diese Stunde wurde uns allen voll genommen. Es kann nicht sein, dass die Verluste ständig verallgemeinert und Gewinne voll privatisiert werden. Es kann auch nicht sein, dass wir uns auch hier dem Diktat der Herrschenden beugen.

Diese gemeine und hinterhältige Tat darf aber nicht als Einzeltat wahrgenommen, sondern muss in seinen gesellschaftlichen Verhältnissen voll verstanden werden.

Wir fordern den Bezirksvorstand auf, zeitnah Workshops zur theoretischen Auseinandersetzung durchzuführen, bevor sich eine neue Situation ergibt.

Außerdem soll sich der Bezirksvorstand für mehr Zeit für alle einsetzen, mehr Zeit für Alleinerziehende, Schüler\*innen, Arbeiter\*innen, Arbeitnehmer\*innen, Arbeitslose, Selbstständige, deine Mudda und dein Vadder, die nicht gesuchten Droiden, Tiere, Pflanzen, Pilze und voll die alleinerziehenden.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: A 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Probezeit 1-3 Monate

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine mindestens einmonatige und höchst-  
4 tens dreimonatige Probezeit in sämtlichen Ausbildungen einzusetzen und somit die Gleich-  
5 behandlung aller Auszubildenden zu befördern.

6  
7 **Begründung:**

8  
9 Die Probezeit beträgt derzeit nach §20 Berufsbildungsgesetz (BBiG) zwischen 1 und 4 Monate,  
10 abweichend davon beträgt sie bei den Ausbildungen der Gesundheits- und Krankenpfleger so-  
11 wie den Altenpfleger bis zu 6 Monate nach §13 Krankenpflegegesetz bzw. §18 Altenpflegege-  
12 setz. In einer öffentlich-rechtlichen Ausbildung findet das BBiG keine Anwendung, nach dem  
13 gültigen Tarifvertrag wird eine Probezeit von 3 Monaten vorgesehen, mit Ausnahme des Pfl-  
14 gebereichs (6 Monate).  
15 Bereits 3 Monate nach Ausbildungsbeginn ist es sehr schwierig, zeitnah noch in ein Ausbil-  
16 dungsverhältnis zu kommen, nach 4 bzw. 6 Monaten ist es nahezu unmöglich. Zu diesem Zeit-  
17 punkt ist es zu spät, um Bewerbungen an viele (insbesondere größere) Firmen zu verschicken.

- 18  
19  angenommen  
20  abgelehnt  
21  überwiesen an



**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: EI 5

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Für ein unabhängiges und demokratisches Kurdistan!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Wir fordern die oben genannten Adressaten dazu auf, sich für die Anerkennung eines unab-  
4 hängigen und demokratischen kurdischen Staates einzusetzen und vor Ort vorhandene Auto-  
5 nomiebestrebungen zu unterstützen und zu stärken. Diplomatische Beziehungen mit offizieller  
6 Seite in der Autonomen Republik Kurdistan sind entsprechend aufzunehmen.  
7 Eine parlamentarische Demokratie im Nahen Osten aus eigener Überzeugung und Kraft besteht  
8 auch in der Autonomen Republik Kurdistan innerhalb des Iraks. Mit einem eigenen Parlament  
9 samt Regierung sowie Verfassung, Hymne und Flagge besitzt die Region alle Elemente einer  
10 demokratischen Verfassung eines liberalen Staates.  
11 Doch gerade in diesen schwierigen Zeiten für alle Bevölkerungsteile im Nahen Osten sollten wir  
12 ein gut funktionierendes Modell in Form der parlamentarisch-demokratischen autonomen Regi-  
13 on unterstützen und mithilfe offizieller Seite und Institutionen weiter auf- und ausbauen.

14  
15 **Begründung:**

16  
17 Das kurdische Gebiet aber erstreckt sich nicht nur im Irak, sondern auch in der Türkei, Syrien  
18 und dem Iran. Auch in diesen Staaten gab und gibt es Bemühungen um einen Zusammen-  
19 schluss aller kurdischen Teilregionen. Natürlich sind alle Gebiete zusammen noch nicht so weit  
20 in ihrer demokratischen Entwicklung wie es die Autonome Republik in ihrer mehr als 20-jährigen  
21 Geschichte.  
22 Waffenlieferungen an Peschmerga und YPG in Syrien, einer anderen kurdischen Streitkraft,  
23 haben stattgefunden, offizielle Ansprechpartner sind also vorhanden.  
24 Es liegt also an uns, gemeinsam mit einer starken europäischen Stimme zu sprechen und die  
25 Bestrebungen eines unabhängigen und demokratischen Kurdistan zu unterstützen.

- 26  
27  angenommen  
28  abgelehnt  
29  überwiesen an  
30

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: R 1

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Landeskongress, Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag,

Betr.: Resolution: Für eine kritische und interdisziplinäre  
Wirtschaftswissenschaft!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Zwischen Weiß und Schwarz gibt es viele Grautöne. Auch zwischen unendlichen  
4 neoklassischen Wirtschaftstheorien gibt es auch viele weitere Theorien, die Studierende der  
5 Wirtschaftswissenschaften oft in ihrem Studium nicht einmal kennenlernen dürfen. Es ist in den  
6 letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich geworden, welche Theorie deutlich dominiert und auch  
7 in der Praxis gelebt wird. Leider haben unendliche empirische Befunde ergeben, dass es  
8 unserer Wirtschaft und unseren Mitmenschen weitaus besser gehen würde, wenn eine andere  
9 Theorie als Grundlage gewesen wäre.

10 In der Neoklassik ist das Konzept des Angebots und der Nachfrage maßgebend für jegliches  
11 Marktgeschehen. Alles wird in Zahlen ausgedrückt. Platz für menschliche Emotionen, Sorgen  
12 um unsere Umwelt oder Umverteilung gibt es in dieser Theorie nicht. Nach ihr hat der Haushalt  
13 als einziges Ziel die Nutzenmaximierung, das Unternehmen die Gewinnmaximierung. Was in  
14 der Praxis daraus geworden ist, haben wir bereits erkannt: Chaos, Hungerlöhne,  
15 ArbeitnehmerInnen ohne ArbeitnehmerInnenrecht, Ellebogengesellschaft. Nichts davon ist  
16 wirklich in unserem sozialdemokratischen Sinne.

17 Wir wollen Gerechtigkeit und Freiheit. Begriffe, die die Wirtschaft nicht wirklich kennt.  
18 Aus diesem Grund muss endlich etwas geschehen! Es muss weiter die kritische und  
19 interdisziplinäre Wirtschaftswissenschaft gefördert werden! WissenschaftlerInnen, die in diesem  
20 Bereich arbeiten, müsse unterstützt werden. Es muss an neuen Ideen gearbeitet werden, alte,  
21 relevante Theorien wieder ins Leben gerufen werden.

- 22
- 23  angenommen
- 24  abgelehnt
- 25  überwiesen an
- 26

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2015 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: O 3

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Beschaffungskriterien für Parteiausgaben

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Wir Jusos fordern unsere Mutterpartei in all ihren Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften auf,  
4 allgemein verbindliche, soziale und ökologische Kriterien für Beschaffungen und kommerzielle  
5 PartnerInnen der SPD festzulegen. Konkret bedeutet dies für Verpflegung, Büromaterialien und  
6 externe Dienstleistungen jedweder Art, dass sie bestimmten sozialen und ökologischen Stan-  
7 dards entsprechen müssen. Zur Festlegung der konkreten Werte soll ein breiter Diskussions-  
8 prozess geführt werden. Berücksichtigt werden sollten u.a. Lohnverhältnisse, Geschlechterquo-  
9 ten, Ausbildungsschlüssel, Koalitionsfreiheit, gewerkschaftlicher Organisationsgrad, CO-  
10 äquivalente Emissionen und der Ressourcenverbrauch.

11  
12 **Begründung:**

13  
14 Erfolgt mündlich.

- 15  
16  
17  angenommen  
18  abgelehnt  
19  überwiesen an

20